

Das Doppelspiel des französischen Sozialismus: Schrittweise in der Strategie, radikal im Ziel

Der selbstverwaltete Sozialismus: gegenüber dem Sozialismus, eine Barriere? Oder ein Brückenkopf?

Plinio Corrêa de Oliveira

**Eine Botschaft von den Gesellschaften zur Verteidigung von
Tradition, Familie und Privateigentum —TFP
von Argentinien • Bolivien • Brasilien • Chile • Ecuador • Frankreich •
Kanada • Kolumbien • Portugal • Spanien • Uruguay • Venezuela • den
Vereinigten Staaten**

Die Französische Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die revolutionären Bewegungen im Jahre 1848, die Pariser Kommune im Jahre 1871 und der ideologische, stürmische Ausbruch an der Sorbonne im Jahre 1968 waren wichtige Meilensteine der Geschichte Frankreichs und auch der Geschichte des ganzen Westens.

In der Tat gaben diese Bewegungen, jede auf eigene Art und in spezifischen Proportionen, den Bestrebungen und Ideen, die dort oder auch in anderen Ländern aufgekommen waren, doch in Frankreich mit besonderer Kommunikationskraft gegoren hatten, einen internationalen Ausdruck. Die so in Frankreich entstandenen historischen Ereignisse trafen im Geiste der verschiedenen Völker des Westens mit Bestrebungen, Tendenzen und Ideologien zusammen, setzten diese in Bewegung und prägten deren psychologische, kulturelle, politische und sozialökonomische Entwicklung für die nächsten Jahrhunderte.

Ebenso geschieht es mit der unblutigen doch nicht minder tiefgreifenden „Revolution“, die der Sieg der Sozialistischen Partei (SP) am 10. Mai 1981 in Frankreich – und der daraus folgende Aufstieg von François Mitterrand in die Präsidentschaft – in Bewegung gesetzt hat. Die Krisen, die heute die kommunistischen und kapitalistischen Regime (in unterschiedlichem Maße) befallen, rufen in aller Welt Tendenzen und Bewegungen ins Leben, die sich besonders modern rühmen und im Selbstverwaltungssozialismus, der jetzt in Paris an die Macht kam, den klaren, bündigen und siegreichen Ausdruck aller oder fast all ihrer Ideen und Wünsche zu finden glauben. Dies bringt sie natürlich auf den Weg zu ähnlichen Erfolgen in ihren eigenen Ländern, zum Vorteil und zur Freude – man beachte – des internationalen Kommunismus, von dem der Selbstverwaltungssozialismus nur ein Schleppenträger und Reisegefährte ist.

Diese Analyse, von Professor Plinio Corrêa de Oliveira, Präsident des Nationalrates der Brasilianischen Gesellschaft zur Schutze von Tradition, Familie und Privateigentum, wird in Deutschland ermöglicht durch die autonomen Gesellschaften zur Schutze von Tradition, Familie und Privateigentum und durch ähnliche Gesellschaften, welche die große Familie von TFP's in dreizehn Ländern bilden. Sie präsentieren der intelligenten und kultivierten deutschen Öffentlichkeit diese Analyse und sind überzeugt, daß das behandelte Thema die Zukunft des Westens, und damit der ganzen Welt, in den nächsten Jahren tiefgreifend beeinflussen kann.

Professor Plinio Correa de Oliveira

Prof. Plinio Corrêa de Oliveira, geboren 1908 in São Paulo, promovierte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät von São Paulo und zeichnete sich schon in seinen Jugendjahren als Redner und katholischer Journalist aus. Mitbegründer und Leiter der „Liga Eleitoral Católica“ (Katholischer Wählerbund), wurde er mit ihrer Unterstützung der meistgewählte Abgeordnete zur verfassunggebenden Versammlung im Jahre 1934. Danach war er Professor für Geschichte der Zivilisation im Vorbereitungskursus zur Rechtswissenschaftlichen Fakultät und für moderne und gegenwärtige Geschichte an den Fakultäten São Bento und Sedes Sapientiae der Katholischen Universität von São Paulo. Er war Vorsitzender der Katholischen Aktion der Erzdiözese São Paulo, Leiter der katholischen Wochenzeitung „Legionário“, Mitarbeiter der katholischen Monatszeitschrift „Catolicismo“ und der Tageszeitung „Folha de S. Paulo“. Sei e wichtigsten Veröffentlichungen sind: *Zur Verteidigung der Katholischen Aktion* (1943); *Revolution und Gegenrevolution* (1959); *Agrarreform, eine Gewissensfrage* (als Mitverfasser) (1960); *Vertrag mit dem kommunistischen Regime: Hoffnung für die Kirche oder Selbstzerstörung?* (1963); *Unbemerkte ideologische Umwandlung und Dialog* (1965); *Die Kirche angesichts des Aufstiegs der kommunistischen Gefahr: Aufruf an die schweigenden Bischöfe* (1976); *Stammesleben der Indios, kommunistisch-missionarisches Ideal für Brasilien im 21. Jahrhundert* (1977); *Bin Katholik! Kann ich gegen die Agrarreform sein?* (1981). 1960 gründete er die Brasilianische Gesellschaft zum Schutze von Tradition, Familie und Privateigentum und ist seither (bis zu seinem Tode 1995) ihr Vorsitzender im Nationalrat. *Revolution und Gegenrevolution* und andere Werke von Prof. Plinio Corrêa de Oliveira riefen in zwölf Ländern Nord- und Südamerikas und Europas weitere TFPs und ähnlichen Organisationen ins Leben.

In Frankreich: der Sieg der SPF führt die Mehrheit der Wählerschaft der Mitte und der Rechten zu einem Scheideweg

I. Die Mitte und die Rechte vor dem französischen Sozialismus: die Illusion der Optimisten, die Reichweite der Niederlage und der Scheideweg

1. Die Illusion

Für den Mann auf der Straße in den meisten westlichen Ländern ist die Sozialistische Partei Frankreichs (SPF) so wie viele andere nicht mehr als ein Sammelbecken verschiedener Interessen und Eitelkeiten um ein Parteiprogramm herum, das mit mehr oder weniger Überzeugung gutgeheißen wurde.

Das ist gut verständlich. Die große Mehrheit des internationalen Publikums bezieht ihre Informationen über den Sozialismus vor allem aus Fernsehen, Rundfunk und Presse. Das Bild der SPF wird nun aber teils offen teils mehr oder weniger versteckt in allen Kommunikationsmedien wie folgt dargestellt: a) Die Wählerschaft setzt sich größtenteils aus Arbeitern zusammen, die mehr oder weniger vom Parteigeist durchdrungen sind; hinzu kommen aber auch nicht wenige Mittelständler, deren sozialwirtschaftliche Neigungen in dem einen oder anderen Punkt mit unpräzisen philosophischen Sympathien für einen „philanthropischen“ Sozialismus zusammentreffen. b) An der Spitze und in der mittleren Ebene befinden sich Berufspolitiker und von ihnen gebildete Führungskader, denen es vor allem um die Erlangung der Macht geht. Diese verstehen es natürlich, nachzugeben oder dreist zu sein oder andere Strategien der Vorsicht und Klugheit, die Erfolg versprechen, vorteilhaft einzusetzen.

Diese globale Sicht des Sozialismus ist aber kaum objektiv. Sie entspringt den optimistischen Illusionen vieler politischer Opponenten der SPF.

Diese Illusionen sind zu einem guten Teil verantwortlich für den jüngsten Sieg dieser Partei. Sie stellen die französische Wählerschaft der Mitte und der Rechten vor einen wichtigen Scheideweg.

2. Ein Blick auf die wirkliche SPF

Wenn man die SPF ohne Illusionen und ohne Optimismus betrachtet, erkennt man ihren monolithisch starken ideologischen Charakter. Ihr ganzes politisches, wirtschaftliches und soziales Programm leitet sich systematisch von den einmal angenommenen philosophischen Prinzipien ab. Dieses Programm findet uneingeschränkte Anwendung auf jede einzelne Person, auf jedes Volk, sowohl in Frankreich wie in der ganzen Welt; dies ist das Ziel, das die konkreten Unternehmungen der Partei im Auge haben.

Und wie soll dieses ungeheure Ziel erreicht werden? Durch eine stufenweise Entspannung der Kultur, der Wissenschaft, der Menschen und der Natur, unter Anwendung

hochentwickelter Verschleierungstaktiken. Dazu gehört auch der Einsatz der Staatsorgane im Falle der Machtergreifung durch die Partei.

Das stufenweise Vorgehen hat, nach dem Dafürhalten der SPF, langsam vor sich zu gehen, gemäß den Umständen; wenn diese es zulassen, ist der Prozess zu beschleunigen; auf diesem langen Wege darf kein Wort ausgesprochen werden und kein Schritt getan werden, die nicht als letztes Ziel die Endanarchie (im ethymologischen Sinn) im Auge haben, daßelbe Ziel übrigens, das auch die Theoretiker des Kommunismus anstreben.

Dieser Charakterzug der SPF erscheint ganz deutlich in den offiziellen Dokumenten der Partei, in den Büchern repräsentativer Autoren des Parteigeistes und außerdem in den innerparteilichen Schriftstücken, die der Ausbildung der Parteisympathisanten dienen sollen.

All diese Schriften werden aber nicht nur in den eigenen Reihen vertrieben, sondern kursieren auch in anderen Kreisen: bei den Linken verschiedenster Schattierungen, unter Intellektuellen und Politikern, die nicht direkt zur Linken zu zählen sind. So erweitert sich nach und nach der Kreis der Parteisympathisanten. Doch nichts oder kaum etwas gelangt in die Hände des parteifremden Mannes auf der Straße¹.

3. Das tatsächliche Ausmaß des sozialistischen Sieges in Frankreich – Enthaltung, entscheidender Faktor der Niederlage der Mitte und der Rechten

Analytiker und Beobachter dieser Präsidentschaftswahlen in Frankreich stimmen darin überein, daß dem siegreichen Kandidaten der Linken Vorteil aus den Stimmen eines beachtlichen Teils von Wählern der Mitte und der Rechten erwachsen ist. Da der Unterschied zwischen Mitterrand und seinem Gegner im zweiten Wahldurchgang 1.065.956 Stimmen (3,51 % der abgegebenen Stimmen) betrug, stellte der Zulauf von Mitterrechts-Stimmen für den sozialistischen Kandidaten einen wichtigen, wenn nicht den entscheidenden Faktor für den knappen Wahlausgang dar. Man braucht sich ja nur vorzustellen, daß die Verschiebung der Hälfte dieses Unterschiedes schon ein Unentschieden hätte herbeiführen können (s. Tabelle I unten S. 42 – *Wie 500 Tausend Stimmen die französischen Präsidentschaftswahlen entschieden haben*).

Dieses Überlaufen ist erstaunlich. Vor zwanzig Jahren noch hätte es jeder Wähler der Mitte oder der Rechten als Verrat angesehen, wenn er seine Stimme einem Kandidaten der SPF gegeben hätte. Vor allem dann, wenn es sich um einen Kandidaten gehandelt hätte, der sich offen als Koalitionspartner der Kommunistischen Partei vorstellte². 1981 hat dieser Sinn der Übereinstimmung mit den eigenen Prinzipien bei vielen Wählern verschiedenen Alters der Mitte und der Rechten nicht funktioniert³. In aller Ruhe gaben sie ihre Stimme für Mitterrand ab, sei es aus Unbedachtsamkeit, sei es aus Faulheit. Wie konnte so etwas passieren?

Die Fehler der Mitte und der Rechten beschränken sich aber nicht nur darauf. Der ganze Wahlfeldzug der einen wie der anderen Partei zeigte sich ohne das Interesse, ohne den Nachdruck und ohne die Schlagkraft, die notwendig sind, um die Menschenmassen mitzureißen. Diese Eigenschaften fehlten allerdings nicht auf der sozialistisch-kommunistischen Seite.

Bei den Wahlen für die Nationalversammlung war das Fehlen dieses Nachdrucks noch spürbarer, was eine weitere Folge nach sich zog: es häuften sich die Stimmenthaltungen. Obwohl es sich um eine Wahl von größter Wichtigkeit für die Zukunft Frankreichs und der ganzen Welt handelte, enthielten der Stimme beim ersten Wahlgang sich nicht weniger als 10.783.694 Wähler (29,67% der Gesamtwählerschaft). Es ist bestimmt bedeutungsvoll, daß die Zahl der Stimmenthaltungen höher war als die Anzahl der Stimmen, die die SPF auf sich vereinigen konnte (9.432.537).

Der Mitte-Rechts-Block war es, der bei den letzten Wahlen den stärksten Rückgang erlebte, als er von den 14.316.724 Stimmen im ersten Durchgangs der Präsidentschaftswahlen (26. April) auf 10.892.968 Stimmen im ersten Wahlgang für die Nationalversammlung (14. Juni) zurückfiel, in einem so kurzen Zeitraum also 3.423.756 Wähler verlor. Da die Anzahl der Wahlenthaltungen zwischen beiden Wahlterminen um 3.900.917 zunahm, die Linken zusammen nur einen leichten Zuwachs registrierten (s. Tabelle II unten S. 43 – *Enthaltung und Verzettlung der Mitte und der Rechten half der Linken bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich*), scheint es offensichtlich, daß sich der größte Teil neuer Enthaltungen in den Reihen der Mitte- und Rechtsgruppierungen konzentrierte. Unter diesen waren natürlich diejenigen in der Mehrzahl, die sich entschieden hätten, wegen innerparteilicher Streitigkeiten nicht zu wählen oder es einfach vorzogen, den Wahlsonntag so zu verbringen, wie es ihnen am angenehmsten und unterhaltsamsten erschien.

Diese Tatsache von größter Wichtigkeit in der derzeitigen Notlage erklärt sich größtenteils mit der Illusion, ein eventueller Wahlsieg einer zwar linken aber gutmütigen Partei hätte weiter keine Folgen.

Wegen der genannten optimistischen Sicht der Dinge, wegen verschiedener unwichtiger Umstände persönlichen oder regionalen Charakters usw., wie auch infolge des Eindrucks den der Wahlsieg von Mitterrand hinterlassen hatte, wurden nicht wenige Wähler von Mitte und Rechts bewegt, die SPF zu wählen, sodaß es zu ähnlichen Verschiebungen wie bei den Präsidentschaftswahlen kam.

Alles scheint darauf hinzuweisen, daß sowohl die Mehrheit der Stimmenthaltungen wie auch die Stimmen, die anderen Parteien gegeben wurden, von Wählern stammten, dessen Parteien nicht straff organisiert sind. Oder könnten wir uns eine SPF oder KPF mit nachlassender Disziplin vorstellen, die sich mit den Gegnern aus der Mitte oder von Rechts auf einen Wettlauf um Wahlenthaltungen einließe?...

Die SPF hat also die Wahlen gewonnen. Das heißt aber nicht, daß die sozialistische Wählerschaft zugenommen hat, wie die linken Propagandisten mit viel Geschick weltweit glauben machen wollen.

Wenn man die Wahlergebnisse der Nationalversammlung von 1978 mit den gerade (1981) stattgefundenen Wahlen vergleicht, kann man feststellen, daß sich der Umfang der linken Wählerschaft praktisch nicht geändert hat: es waren 14.169.440 Stimmen 1978, und 14.026.385 Stimmen 1981 (diese Zahlen beziehen sich auf den I. Wahlgang, den einzigen, den man wegen der Sonderheiten des französischen Wahlsystems zu einem Vergleich heranziehen kann). In Anbetracht der Tatsache, daß die Gesamtzahl der Wähler in diesem Zeitraum um 1.138.675 Stimmen zugenommen hat, bedeutet die Beibehaltung derselben Höhe in Wirklichkeit einen prozentualen Abfall im Hinblick auf die Gesamtwählerschaft. Die Linken, die 1978 noch 40,25% der gesamten Wählerschaft auf sich vereinigten, erreichten diesmal lediglich 38,59%, sind also noch weit von der Mehrheit der Wählerstimmen entfernt.

men entfernt (s. Tabelle III unten S. 44 – *Die Stagnation der linken Wählerschaft zwischen den Wahlen zur Nationalversammlung 1978 und 1981*).

Der sozialistische Sieg bei den letzten Wahlen ist also nicht so sehr einer tatsächlichen Stärkung der Linksparteien zuzuschreiben, als vielmehr dem Mangel an Interesse und der Zerstreuung der Mitte und der Rechten. Diese Zerstreuung wurde zum Teil – wie wir noch sehen werden – durch Mangel an Aufklärung und Zerstückelung eines Großteils der katholischen Wählerschaft hervorgerufen.

Wenn es sich um ein Anwachsen der spezifisch linken Wählerschaft handeln würde, hätten wir es vielleicht mit einer schwer rückgängig zu machenden Erscheinung zu tun. Da es sich aber bei der Niederlage um Mangel an Orientierung der Mitte und der Rechten handelt, ist eine Zurückeroberung möglich. Dem sozialistischen Sieg von 1981 kann also durchaus eine Niederlage bei künftigen Wahlkämpfen folgen.

Diese Betrachtungen können also durchaus als Ermutigung für diejenigen dienen, die da glauben, daß der Fortschritt des Sozialismus endgültigen Charakter trägt und die deshalb Siegern entgegenlaufen, um ihnen die Hand zu reichen und ihre Mitarbeit anzubieten, statt sich sofort in eine geordnete und starke, unnachgiebige und fruchtbare Oppositionsbewegung zusammenzuschließen. So verzichten sie darauf, ihr Land auf dem Wege zum Sozialismus (obwohl sie wissen, daß die Abrutschgefahr groß ist) und zum Kommunismus (obwohl sie wissen, daß er tödlich ist) aufzuhalten. Ihre Erklärung lautet also: der Sieg der Sozialisten sei nun einmal eine unumkehrbare Tatsache. Da wäre nun allerdings zu fragen, ob es in unserer unbeständigen Welt von heute überhaupt unumkehrbare Tatsachen gibt.

4. Was soll angesichts des Sieges der SPF geschehen? – Der Scheideweg

Vorerst aber stehen wir nun einmal vor Tatsachen... Die SPF hat die Exekutivgewalt in ihren Händen. Und selbst wenn man die Unterstützung der 44 kommunistischen und der 20 Abgeordneten kleiner Linksparteien außer acht läßt, verfügt die SPF über die absolute Mehrheit in der Bundeskammer, denn sie hat 265 von insgesamt 491 Sitzen inne. Um all den verlorenen Boden wieder zurückzugewinnen, muß das Frankreich der Mitte und der Rechten unbedingt eine Entscheidung über die einzuschlagende Marschrichtung in bezug auf die SPF fällen. Um dahin zu gelangen, muß es sich aber zuerst einmal selbst über die Charakterisierung der SPF klar werden. Es hat die Wahl zwischen der einigermaßen volkstümlichen Auffassung einer angepaßten und gutmütigen SPF und der Wirklichkeitserkenntnis, daß die SPF ein erfolgreicher Verfechter des stufenweisen aber doch entschiedenen Weges zum ganzheitlichen Kollektivismus ist.

Durch den Aufschwung der Linken, den der Sieg der SPF und die Einrichtung eines sozialistischen Regimes in Frankreich auch für andere Länder durch das Echo, das sie hervorrufen und durch die bereits angekündigten Einmischungen der neuen französischen Regierung mit sich bringen werden, stellt sich diese Frage auch in diesen Ländern für die Vertreter der Mitte und der Rechten. Der Sieg des französischen Sozialismus beginnt schon in verschiedenen Linkspolitikern Europas und Amerikas den Eindruck hervorzurufen, als ob die Fahne des Sozialismus plötzlich eine neue Anziehungskraft auf die Massen gewonnen hätte. Sie glauben, daß der Sozialismus in Frankreich eine viel größere Wählermacht gezei-

tigt hat, als dies wirklich der Fall ist. Da und dort flammen schon die Freudenfeuer sozialistischer Selbstverwaltung in den Völkern auf. Wenn das tatsächliche Bild der SPF der Wahrheit entspricht, dann bedeuten diese sozialistischen Perspektiven weiter keine Gefahr. Sollte aber der französische Sozialismus ausgerechnet die selben Ziele anstreben, die der Kommunismus im Auge hat, dann ist es an der Zeit, die öffentliche Meinung aufzuklären. Vor allem da man ja nicht weiß, wie weit in unseren Tagen die Ausnutzung jedweder linksgerichteter Tendenz in der öffentlichen Meinung in Anbetracht der psychologischen Kriegführung, den Moskau in der ganzen Welt schürt, gehen kann.

5. Wahl der Strategie: Aspekte des französischen Sozialismus

Da die Auswahl der Strategie um so sicherer und schneller getroffen werden kann, je genauer und objektiver das Bild ist, das sich die Öffentlichkeit über die SPF zu machen beginnt, und da wir in dieser Zusammenfassung unmöglich ein so umfassendes Thema erschöpfen können, scheint es uns eine gute Gelegenheit zu sein, einige der Hauptwesenszüge und Taktiken der SPF zu verbreiten, um von vornherein optimistische Illusionen zu verscheuchen, die eher zu Langsamkeit und Nachlässigkeit im Kampf gegen eine so schwere Gefahr führen könnten.

II.. Doktrin und Strategie im sozialistischen Entwurf für Frankreich

1. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ im „Projet socialiste“

Ein Wahlspruch ist gewöhnlich inhaltsreich und genau. So verhält es sich allerdings nicht mit der Trilogie der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Unter den unzähligen Interpretationen und Anwendungsarten, die sie hervorgerufen hat, haben einige ihre Spuren der Gottlosigkeit, des Wahnsinns und des Blutes für immer in der Geschichte zurückgelassen⁴.

Eine der radikalsten Auslegungen dieser Trilogie kann wie folgt dargestellt werden: Die Gerechtigkeit verlangt, daß unter den Menschen vollkommene Gleichberechtigung zu herrschen hat. Nur so, durch die Unterbindung jeder Art von Autorität können die Freiheit und die Brüderlichkeit auch wirklich gedeihen. Die Freiheit kennt nur eine Grenze: die Notwendigkeit, zu verhindern, daß die fähigeren Menschen zum eigenen Vorteil eine Befehls-, Prestige- und Vermögenshoheit errichten. Die wahre Brüderlichkeit ist eine Folge der Beziehungen unter völlig gleichberechtigten und freien Menschen.

Die sich ablösenden Revolutionsführer haben von 1789 bis 1794 in der berühmten Trilogie ihre Inspiration gesucht und sich immer mehr ihrer radikalen Auslegung genähert. Als die französische Revolution schließlich im Todeskampf lag, hatte sie eindeutig Anfänge kommunistischen Charakters, trotz der prahlerischen Mäßigung ihrer ersten Tage. Im Zeitlupentempo hat die demokratische Welt die Vorgänge dieser Revolution wiederholt und die politische Gleichmachung der Klassen bis zum Ende durchgeführt oder ist dabei, sie abzu-

schließen, wenn auch noch einige hierarchische Aspekte in der Kultur und im sozialen und wirtschaftlichen Leben übriggeblieben sind.

Man kann sich darüber streiten, wann und wo im 19. Jahrhundert die wichtigsten Bewegungen für eine kulturelle und wirtschaftlich-soziale Gleichmachung begonnen haben. Wahr ist aber, daß sie zur Mitte des Jahrhunderts schon viele Länder erreicht und in verschiedenen feste Wurzeln geschlagen hatten. Das führte so weit, daß sie in Frankreich Bewegungen wie die Revolution von 1848 und die Kommune von 1871 inspiriert haben. In unserem Jahrhundert ist ihre Gegenwart als einer der Hauptfaktoren der Russischen Revolution von 1917 offensichtlich, ebenso wie der Verbreitung des kommunistischen Regimes in Ländern diesseits des Eisernen und des Bambus-Vorhangs und anderorts⁵. Dabei sprechen wir noch nicht einmal von all den kommunistischen Revolutionen und Hetzkampagnen, die verschiedene Teile der Welt erschüttert haben. Dazu gehört auch die Explosion an der Sorbonne im Mai 1968.

Der „Projet Socialiste pour une France des Années 80“, auf den sich die SPF bei den letzten Wahlen berief (s. Anm. 1), schließt sich ausdrücklich und sogar stolz in diese allgemeine Bewegung ein⁶. Beim Lesen des „Projet“ kann man deutlich feststellen, daß es ihm im Grunde um die völlige Gleichheit geht, aus der die vollkommene Freiheit und Brüderlichkeit erwachsen sollen⁷. Für diese Schrift hat die Macht vor allem den Zweck zu verhindern, daß die Freiheit Ungleichheit hervorbringt⁸. Es stimmt zwar, daß sie die völlige Ausschaltung der Autorität als Utopie betrachtet. Utopie bedeutet nach ihrer Logik nicht eine Leere, auf deren anderer Seite man in den Abgrund der Anarchie stürzt. Es handelt sich im Gegenteil um einen Horizont, dem man mehr und mehr entgegenfliegen muß. Dabei sind alle Mittel einzusetzen, die uns dem Unmöglichen so nah (oder so wenig entfernt) wie möglich bringen können, d.h. der Abschaffung dieses nach ihrer Meinung notwendigen aber sehr unsympathischen Übels der Autorität⁹.

2. Die SPF, die Mitte und die Rechte

In dieser Allgemeinperspektive erklärt sich der ganze „Projet“¹⁰.

Der „Projet“ übernimmt und vertritt in seiner Gänze das radikal gleichmacherische Erbe, das sich seit 1789 in Frankreich angesammelt hat. Die verschiedenen Gesetze, die bis heute erlassen wurden, um die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu vermindern, sieht er als etwas Nützliches an. Außerdem geht es ihm darum, das heutige Frankreich mit Entschiedenheit in Marsch zu setzen in Richtung auf eine radikalere Durchsetzung der fraglichen Trilogie¹¹.

Die Grenze zwischen der SPF auf der einen und der Mitte und der Rechten auf der anderen Seite besteht darin, daß die beiden letzteren diese Trilogie – wenigstens größtenteils – zwar auch annehmen, aber nicht in der radikalen Auslegung der SPF. So sagen sie oder lassen doch erkennen, daß sie in einer nicht genau definierten Entfernung vor dem Endziel der totalen Gleichmachung anhalten wollen, statt sich für das endliche Erreichen dieses Zieles auszusprechen¹².

3. SPF und Kommunismus – Die Strategie des stufenweisen Vorgehens

Grenzt sich die SPF klar gegenüber dem Kommunismus in ihrer Vorgehensweise in Richtung Endziel, d.h. der völligen Gleichheit, ab? Ja. a) Die SPF fürchtet, daß eine sofortige Durchführung der totalen Gleichheit so starke Reaktionen hervorrufen könnte, daß es besser ist, diese zu vermeiden; b) aus diesem den Umständen, der Gelegenheit und der Strategie angepaßten Grund sollen die kommunistischen Prinzipien, nach dem Dafürhalten der SPF, stufenweise durchgeführt werden; die einzelnen Abschnitte dieses stufenweisen Vorgehens müssen so dosiert werden, daß größere Schocks vermieden werden¹³.

Eine gewisse anfängliche Zurückhaltung der französischen Sozialisten während der Übergangsphase zur allgemeinen Gleichheit hat also nichts mit Sympathie, Mitleid oder Nachsicht mit dem besiegten Gegner zu tun. Sie ist eher eine schon aus der Zeit vor dem Sieg in die Tat umgesetzte rein eigennützige Rechnung.

Man muß allerdings betonen, daß das radikale Gleichheitsprinzip der SPF versucht Gewinn zu schlagen aus den wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen all der Länder, in denen der Kommunismus an die Macht gekommen ist, und wir wissen, wie hart und enttäuschend diese Erfahrungen sind. Deshalb vermeidet die SPF Verstaatlichungen auf breiter Ebene, die für den Kommunismus alten Stils so charakteristisch sind, und beabsichtigt, in allen – oder fast allen – bisher privaten Unternehmen, eine andere Form des demokratischen und radikalen Gleichheitsgrundsatzes einzuführen: die Selbstverwaltung¹⁴.

4. Die innerbetriebliche Selbstverwaltung: eine wirtschaftlich-soziale Minirevolution

Selbstverwaltung bedeutet die Einführung der Grundsätze und Regierungsform der Revolution von 1789 im kleinen Bereich, d.h. im Betrieb¹⁵.

Der ganze „Projet“ scheint in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Überbleibsel der Beziehungen zwischen König und Volk zu sehen. Er will den „König“ „entthront“ sehen, seine „Oberhoheit“ im Unternehmen soll aufhören und alle Befehlsgewalt soll an das „gemeine Volk“ übergehen, d.h. an die Arbeitnehmer. Genauer gesagt, an die Arbeiterschaft. Die Revolution hat verschiedene Schritte unternommen, um die Neubildung verschiedener Aristokratien im politischen Bereich zu verhindern. Entsprechend bemüht sich der „Projet“ darum zu verhindern, daß die Direktoren und Techniker als Aristokraten im „republikaniserten“ Unternehmen überleben. Der einzelne als Eigentümer wird in den „Großunternehmen“ sofort abgeschafft. Der an sich traditionelle Begriff des Unternehmens wird erweitert. Am tatsächlichen Recht über sie und ihre Produktion nehmen nicht nur ihre Angestellten und Arbeiter teil, sondern auch Vertreter von Verbraucherselbstschutzverbänden, von Lieferanten u.a.m. oder besser, die ganze Gesellschaft nimmt daran in Form von Gruppen teil, die direkt etwas mit dem Unternehmen zu tun haben (s. Tab. IV – *Das selbstverwaltete Unternehmen nach den sozialistischen Idealvorstellungen*).

Wie eine demokratische Republik wird jedes Unternehmen in höchster Instanz durch das allgemeine Wahlrecht der Arbeiter geleitet. In den Arbeitnehmerversammlungen sind Berichte über alles abzugeben, was den Lauf der Dinge im Betrieb angeht. Die „Vertreter“, d.h. die „Abgeordneten“, werden durch Wahl bestimmt und bilden gemeinsam das

Führungskomitee (eine Art von Sowjet), dessen alleinige Entscheidungen von Arbeitnehmer-Direktoren auszuführen sind.

Ein solches Regime bezeichnet sich selbst als Selbstverwaltung und versteht sich als logische sozialwirtschaftliche Folge der Volkssouveränität auf politischem Gebiet. Eine Republik entspräche einer politisch selbstverwalteten Nation. Ein Regime der Selbstverwaltung erfordere deshalb eine „Republikanisierung“ der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen¹⁶. Das aber heißt, daß eine Unternehmensführung entstehen soll, in der die Leitung der Fachleute und Techniker den Versammlungen und Organen untergeordnet wird, in denen die geistig am wenigsten entwickelten Gliedern der Gesellschaft vorwalten.

5. Die Selbstverwaltung soll die ganze Gesellschaft und den Menschen als Ganzes erfassen

Die „Republikanisierung“ soll den ganzen sozialen Aufbau und nicht nur das Unternehmen umfassen. Nach dem „Projet“ setzt die völlige Durchführung der Selbstverwaltung eine tiefgreifende Umwandlung des Menschen selbst und die Anwendung der überzogensten Schlüsse aus der Trilogie auf alle Wirkensbereiche, die außerhalb des Unternehmens die Gesellschaft ausmachen, voraus: auf die Familie, die Kultur, die Erziehung und sogar auf die Freizeit¹⁷.

6. Warum die Reform der Unternehmen die Reform des Menschen erfordert

Die Reform des Menschen: in diesem Punkt stößt der „Projet“ auf genau dieselben Schwierigkeiten wie der verstaatlichende Kommunismus.

Die im Westen gültigen wirtschaftlichen Prinzipien stammen schließlich aus dem natürlichen Handeln des Menschen selbst, wenn sie auch oft mißbraucht werden. Zusammenfassend kann man diese Prinzipien als die Rechtfertigung der Legitimität des Privateigentums definieren sowie der privaten Initiative und des Gewinns.

Die Sozialisten aber tragen sich mit der Absicht, ein anderes wirtschaftliches System einzuführen, das andere Ziele hat und von anderen Vorteilen ausgeht (s. „Projet“, S. 173). Das, was sie als Gewinn für einige Wenige bezeichnen, soll nach und nach vom Grundsatz des sozialen Nutzens ersetzt werden, der vom souveränen Willen des Volkes bestimmt wird. Mit anderen Worten, die Sozialisten wie die Kommunisten behaupten, daß der Einzelne für die Gesellschaft da ist und daß er nicht unmittelbar zum eigenen Wohl produziert, sondern zum Wohl der Gemeinschaft, der er angehört.

Damit wird der wichtigste Ansporn zur Arbeit außer Kraft gesetzt, die Produktion fällt notgedrungen und die Lässigkeit und Armut breiten sich über die ganze Gesellschaft aus.

Orientiert sowohl durch seinen Verstand wie auch durch den fortgesetzten starken und fruchtbaren Antrieb seines Instinkts sucht der Mensch zuerst für sich selbst und für seine Angehörigen zu sorgen. Wenn es um das eigene Überleben geht, überwindet der menschliche Verstand viel leichter seine Begrenztheit und wächst über sich hinaus in Geistesschärfe und Wendigkeit. Die Willensstärke überwindet leichter den Hang zur Nachläss-

sigkeit und stellt sich mit größerer Entschlossenheit allen Widerständen entgegen. Kurz gesagt, der Arbeiter erreicht an Quantität und Qualität die Produktionshöhe, die den tatsächlichen sozialen Notwendigkeiten und Anforderungen entspricht. Von diesem ersten Antrieb aus, angereizt durch die Selbstliebe und durch die Liebe zu den Angehörigen, gehen von Menschen die breiten Wellen der Nächstenliebe aus, die letzten Endes die ganze Kollektivität umfassen sollen. Seine Tätigkeit beschränkt sich also durchaus nicht auf seine kleine Familiengruppe, sondern weitet sich auf die ganze Gesellschaft aus.

Wenn daher der Sozialismus diesen ersten natürlichen und starken Antrieb zur produktiven Arbeit abschafft und dafür ein Gehaltssystem einführt, das immer mehr auf Angleichung aus ist und in dem sich die Fähigeren nicht entsprechend für ihre größeren Verdienste belohnt sehen, wird im Arbeiter die Mutlosigkeit geweckt.

Auf diese Art wird der ganze Kräftefluß, der aus der Arbeit eines Volkes strömt, niedrig, schwach und ungenügend, wie man es am Beispiel Rußlands und seiner Satellitenstaaten klar erkennen kann. Und so geschieht es auch in Jugoslawien, wenn auch nicht so offensichtlich. Dem sozialistischen Frankreich der Selbstverwaltung wird es nicht anders ergehen¹⁸.

An dieser Stelle ist es angebracht die Antriebskraft hervorzuheben, die von der Ungleichheit ausgeht, und die Niedergeschlagenheit, die von der allgemeinen Gleichmachung und von sehr reduzierten Ungleichheiten hervorgerufen wird.

In einer gleichheitsorientierten Gesellschaft kann man es nicht vermeiden, daß eine gleiche Höchstgrenze für den Gewinn eines jeden Einzelnen festgelegt wird oder doch Höchstgrenzen mit wenig Unterschied. Wie gering diese Unterschiede sind, zeigt sich bei einem Vergleich mit den unterschiedlichen Höchstgrenzen im derzeitigen westlichen Wirtschaftssystem.

Man muß doch bedenken, daß die Arbeitskapazität von Mensch zu Mensch naturgegeben sehr verschieden ist, und daß die gesamte Arbeitsproduktivität einer Nation die Nutzbarmachung aller verfügbaren Fähigkeiten voraussetzt, vor allem auch die der Hochbegabten.

Es gibt im westlichen Wirtschaftssystem keine Horizonte, die sich dem legitimen Streben der überdurchschnittlich Begabten entgegenstellen würden. Wenn diese erst einmal eingesetzt werden, reizen sie nach und nach die Folge von notwendigermaßen kleineren Kapazitäten zur Nachahmung, denn vor diesen breiten sich ja auch proportionale Erfolgsaussichten aus. Durch die Einschränkung des Antriebs der Hochbegabten oder Begabten fällt auch der Produktionsrhythmus der Arbeit. Wo übrigens die Hochbegabten zu einer Arbeit unter ihren Kräften angehalten werden, fühlen sich auch die Begabten ohne Anreiz, sodaß das ganze Produktionsniveau sinken muß.

Das Gleichheitsprinzip führt also notwendigerweise zu einer unter den Möglichkeiten eines Landes liegenden Produktion. Je radikaler die Gleichmachung, um so geringer die Produktion.

Nun sieht es aber nicht so aus, als würde die vom „Projet“ gesetzte Höchstgrenze über die geringen Ansprüche eines Mittelmaßes hinausgehen.

7. Die selbstverwaltete Gesellschaft und die Familie

Wie wir gesehen haben, scheint der „Projet“ anzunehmen, daß die Familie, als unmittelbares Objekt der Liebe des Menschen und als Bindeglied zwischen ihm und der Gesellschaft, den Elan der Menschenliebe nicht vervielfältigt an den sozialen Körper weitergibt, sondern ihn absperrt. Deshalb, ohne sie direkt zu verbieten, denn das würde ja schockierend wirken und entspräche nicht dem Prinzip eines stufenweisen Vorgehens, bezeichnet er die Familie indirekt als für das Allgemeinwohl nutzlos und stellt sie auf die selbe Stufe wie die freie Liebe und homosexuelle Bindungen¹⁹. Die zum Wesen der Familie gehörende Zeugungsfunktion wird durch den „Projet“ von ihrem natürlichen Zweck getrennt und als reine persönliche Genugtuung aufgefaßt. Die Zeugungsverhütung wird zugelassen und generell begünstigt²⁰. Die Gleichheit zwischen Mann und Frau soll so vollkommen wie nur möglich sein, sowohl in bezug auf die Berufschancen als auch bei der Ausübung der Haushaltspflichten²¹.

Im selbstverwalteten Sozialismus verliert diese instabile und unfruchtbare Familie notgedrungen ihre Identität und kann so leicht mit irgendeiner anderen Bindung verwechselt werden. Damit zerfällt eine der Stützmauern der menschlichen Persönlichkeit. Und wie wir noch sehen werden, soll der Erziehungsauftrag, der zu den Naturgegebenheiten der Familie gehört, von kleinster Kindheit an der Schule anvertraut werden, die am besten einheitlich, laizistisch und sozialistisch zu sein hat.

Dem so vereinzelt Menschen, der keine Verbindungen mehr zur Familie unterhält, bleibt nichts mehr übrig als das selbstverwaltete Unternehmen, das die günstigsten Voraussetzungen mitbringt, um ihn ganz in sich aufgehen zu lassen, genau nach Art des Sozialismus.

8. Freizeit

In ihrem Ganzheitsanspruch bemüht sich die SPF auch um die Organisation und Umfunktionierung der Freizeit des Menschen, denn alles hat der selbstverwalteten Gesellschaftsordnung zu dienen, so wie im Kommunismus alles dem Wohle der Partei untergeordnet wird.

Tatsächlich dringt der „Projet“ auch auf dieses Gebiet vor, das ohne seinen Eingriff die letzte Zufluchtsstätte des Menschen in einer selbstverwalteten Welt darstellen würde. Denn gerade in seiner Freizeitbeschäftigung hat der Mensch besondere Möglichkeiten, zu sich selber zu kommen, sich auszudrücken und Beziehungen und Freundschaften zu knüpfen.

Da sie immer stufenweise vorgeht, gibt die SPF vor, das Recht des Menschen auf Erholung anzuerkennen. Der durchschnittliche Leser bekommt so einen guten Gesamteindruck und merkt nicht, daß die SPF – grundsätzlich organisatorisch und weisungsgebend veranlagt in bezug auf die Arbeit – einer neuen Auffassung von Freizeit das Wort redet... sie verwischt die Grenzen zwischen Arbeit und Erholung und plant gleichzeitig die eine wie die andere. Der SPF gefällt die individuelle, persönlichkeitsorientierte Freizeitgestaltung nicht. Sie wünscht das Kollektivvergnügen. So plant sie sogar die Freizeit im eigenen Heim, um die Menschen besser manipulieren zu können und sie für die schwere zwecklose Schuferei des selbstverwalteten Lebens vorzubereiten²².

9. Kontrolle der Lebensverhältnisse

In der selbstverwalteten Gesellschaft organisiert der Betrieb totalitär die unterhaltensame Arbeit. Wer wird die arbeitsame Freizeit gestalten? Die Bildung von Direktiveorganisationen auf diesem Gebiet ist notwendig, denn schließlich will die SPF ja die Familie, den besten und natürlichsten Platz für wirkliche Freizeitgestaltung, eingehen lassen und sie letztendlich sogar zerstören. Daher fördert die SPF die Gründung von Wohnviertelvereinigungen u.ä., von denen sie entscheidende Mithilfe bei der Verteilung von Wohnungen und bei der Neuzuteilung ohne gesellschaftliche Absonderung von bereits vorhandenen oder noch zu schaffenden Wohnvierteln erwartet. Mehr noch: es geht sogar um die Aufteilung innerhalb der Wohnungen selbst. So werden andere, das Unternehmen ergänzende Organisationen noch den letzten Rest Energie und die letzten Augenblicke und Atemzüge des Lebens, die die Arbeit im Betrieb noch übriggelassen hat, für die Ausführung des sozialistischen Planes vereinnahmen.

Das Opfer dieser Vereinnahmung ist der Einzelne, aufgenommen und eingeordnet in die Selbstverwaltung des Lebensrahmens²³, („cadres de vie“), völlig aufgesogen von den Unternehmen und deren Parallelvereinigungen.

Das Argumentationsschema der SPF zur Rechtfertigung dieser zyklischen Vereinnahmung ist immer das selbe: a) Ausrufung eines Persönlichkeitsrechts; b) die Behauptung, dieses Recht habe soziale Funktion; c) Direktive Planung der Ausübung dieses Rechtes im Namen seines sozialen Zwecks; d) daraus ergibt sich die Auflösung des Rechtes in einem planungsorientierten Gesetz.

10. Erziehung

Es bleibt nur noch, etwas zu sagen über die sozialistische Ausbildung zur Selbstverwaltung von Kindheit und Jugend.

Nach den Forderungen des „Projet“ hat die Erziehung spätestens im Alter von zwei Jahren zu beginnen, wenn es unbedingt wünschenswert wird, daß ein Kind einem Kindergarten anvertraut wird. Allerdings sollte die Gesellschaft darauf vorbereitet sein, Kinder ohne weiteres in ihre Obhut aufnehmen zu können, deren Mütter es zu irgendeinem Zeitpunkt vorziehen, sie der sozialistischen Erziehung zu übergeben, selbst dann, wenn es sich um Neugeborene handeln sollte²⁴.

Wie passt das alles so gut zur geplanten Funktionslosigkeit der Familie im Selbstverwaltungssystem!

Während einer „graduellen“ Übergangsphase können gewisse Schulen noch als Privatschulen weiterfunktionieren. Aber selbst diese werden irgendwann an die staatliche Erziehungsmaschinerie angeschlossen, die vom Kindergarten bis zur Hochschule und darüber hinaus reicht. Ihre Direktoren, Lehrer und Angestellten werden somit im Bereich der privaten oder öffentlichen Schulen eine ähnliche Rolle zu spielen haben wie die Direktoren und Fachleute im selbstverwalteten Unternehmen, wenn es auch nicht genau dieselbe Rolle ist. Nach dem Prinzip der „demokratischen Planung“ nehmen daran auch die Eltern und all diejenigen teil, die am Erziehungsprozeß interessiert sind. Das „gemeine Schulvolk“, d.h. die Lernenden, werden nach dem Selbstverwaltungssystem in allem nur denkbaren, aber

auch zum guten Teil undenkbar Maße, analoge Rechte zu denen der Arbeiter im selbstverwalteten Betrieb haben²⁵.

Noch mehr: In der Schule wie in der Familie werden die „gemeinen“ Kinder und Jugendlichen zum systematischen Klassenkampf gegen die Autorität in Schule und Heim angespornt, sie werden ihre Versammlungen und ihre Anrufungs- und Schiedsstellen haben, usw.²⁶.

Die Lehrpläne, der Lehrkörper und der sozialistische und laizistische Zweck der geistigen Bildung werden in den verstaatlichten oder Selbstverwaltungsschulen der Orientierung der öffentlichen Gewalt unterstehen²⁷.

Der „Projet“ drückt sich nicht sehr klar über die Zukunft der Privatschulen aus, die überleben... oder zu Grunde gehen werden, je nach Maßgabe der stufenweisen Strategie. Es ist aber nicht schwer vor auszusehen, daß sie sich nur mit Schwierigkeiten und unter dem steten Gefühl der Unsicherheit diesem Einfluß und dieser Gewalt entziehen können. Wenn überhaupt ...²⁸

Hat ein solches Erziehungssystem einen totalitären Charakter? Der „Projet“ versucht dieser peinlichen Frage zu entgehen, indem er auf den Plan der Erziehungsrichtlinien hinweist, der auf demokratische Art und Weise erarbeitet werden soll, so daß jeder Gelegenheit haben wird, seine Meinung zu äußern. Damit würde dieser Plan den Willensausdruck aller darstellen.

Von diesem Trugschluß gehen die Sozialisten aus, um zu behaupten, daß ein einheitliches Schulsystem kein Monopol darstelle. Wie kann man von Monopol sprechen, sagen sie, wenn es sich um ein System handelt, das zwar einheitlich ist, an dem aber alle teilhaben?

Man sieht also, daß der „Projet“ ganz auf seine Art die Trilogie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auslegt: wenn es um eine kollektive Entscheidung geht, sind alle gleich; die Mehrheit entscheidet. Sie hat totale Entscheidungsbefugnis auf dem Gebiet der Erziehung. Die Minderheit hat sich zu beugen. Wo bleibt da noch Platz für die Freiheit des Einzelnen? Im Augenblick der Wahl selbst! Denn jeder hat die Freiheit, zu diskutieren und abzustimmen, wie er es für richtig hält. Aber nur in diesem Augenblick...

11. Das Recht auf Eigentum im Selbstverwaltungssystem

Alles bisher Gesagte zeigt klar den umfassenden sozialistischen Charakter des Selbstverwaltungssystems (das sich nicht nur auf Unternehmen beschränkt, wie es sich viele vorstellen). Auch das stufenweise Vorgehen wird als Taktik der SPF herausgestellt.

Es ist jetzt an der Zeit, spezifisch das selbstverwaltete Unternehmen unter die Lupe zu nehmen.

Wer die Betriebe unserer Tage kennt, glaubt vielleicht, daß die Anwendung der Muster der politischen Demokratie im wirtschaftlichen und sozialen Leben der selbstverwalteten Betriebe eher einen literarisch demagogischen als einen realen Charakter haben. Das aber ist ein Irrtum.

Wie bereits festgestellt wurde, wird die höchste Gewalt, der es zusteht über die großen Fragen des selbstverwalteten Unternehmens zu entscheiden, tatsächlich von der Ar-

beitnehmerversammlung ausgeübt. Dieser Versammlung entspringen durch Wahlen (wichtige Kleinigkeit: der „Projet“ spricht nicht von geheimer Stimmabgabe...) die leitenden Organe. Sie wählt die Leute, aus denen sich diese Organe zusammensetzen. Damit das „allgemeine Wahlrecht“ ein gutes Ergebnis ermöglichen soll, sieht das „Projet“ Zusammenkünfte der Arbeiterschaft eines jeden Betriebes vor, bei denen scheinbar die leitenden Organe über das Unternehmen zu informieren haben, damit die Anwesenden diese Informationen debattieren können. Man könnte sagen, daß jede Arbeiterversammlung in einem bestimmten Grad die direkte Demokratie der altgriechischen Gemeindeversammlung wiedergeben möchte.

Wohlverstanden, die Beschlüsse in bezug auf einen gewissen Themenkreis sind zusammen mit den Verbrauchern oder Gebrauchern (Benutzern) und den Vertretern der Kollektivität zu treffen (s. Tab. IV – *Das selbstverwaltete Unternehmen nach den sozialistischen Idealvorstellungen*).

Wird das Privateigentum unter einem solchen System, wie dem des „Projet“, überleben? Seien Sie vorsichtig, lieber Leser! Wenn es nach der Sprache des „Projet“ geht so können Sie von einem französischen Sozialisten die beruhigendsten Antworten erhalten ...aber auch die nichtssagensten.

Im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs steht das Staatseigentum dem Privateigentum gegenüber²⁹. Es ist also möglich, ein Unternehmen mit Selbstverwaltung unter gewissen Gesichtspunkten als privat zu bezeichnen, denn seine Situation dem Staat gegenüber ist nicht die gleiche der verstaatlichten Unternehmen.

Der „Projet“ bezeichnet das Unternehmen mit Selbstverwaltung als „sozialisiert“. Das heißt, es ist nicht-staatlich (privat), gehört aber auch nicht Einzelnen, denn in großen Zügen wird die Zuständigkeit des Individualeigentümers auf die Arbeiterversammlung übertragen.

Kann das Privateigentum unter dem sozialistischen Regime überleben? Nur für kurze Zeit, antwortet der „Projet“ in bezug auf Großunternehmen. Was die mittleren und kleineren Betriebe angeht, dauert der Prozeß etwas länger und ist bedingt durch verschiedene Umstände³⁰. Von welcher Größe an wird ein Unternehmen nicht mehr als klein angesehen, um als mittleres eingestuft zu werden? Und entsprechend fraglich ist auch die Grenze zwischen einem mittleren Betrieb und einem Großbetrieb. Nach unseren Denkgewohnheiten, die sich noch unter dem derzeitigen Regime gebildet haben, verfügen wir in diesem Bereich über Allgemeinbegriffe, die sich aus dem Sinn für das Rechte herleiten. Aber diese Denkgewohnheiten stimmen nicht mit denen der neuen Gesellschaft überein, die neue für sich schaffen wird. So wird die Grenzziehung von den Gesetzen abhängen. Damit aber hat die Staatsgewalt die Möglichkeit, die Eigentumsgrenze „nach und nach“ zurückzusetzen³¹. Es wird dann der Tag kommen, an dem Unternehmen, die wir heute als mittlere ansehen, die drastischen Auflagen der Großunternehmen zu tragen haben werden. Und die jetzt als klein betrachteten Betriebe werden dann als mittlere angesehen werden. Und das alles nur in der Absicht, die Zahl der jetzt noch steuerlich begünstigten privaten Kleinbetriebe immer mehr herabzusetzen.

Wohlgermerkt, das Privatunternehmen taucht im Zusammenhang des „Projet“ als ein Widerspruch auf, selbst wenn es auch nur auf kleinste Ausmaße beschränkt erscheint. Denn es behält ja seinen Individualcharakter inmitten einer völlig sozialisierten Ordnung. Man

kann daraus schließen, daß das stufenweise Vorgehen der Sozialisten das komplette Verschwinden jedweden Privateigentums erreichen wird³².

Tatsächlich spricht sich der „Projet“ für das stufenweise Vorgehen aus, wodurch die einfache Abschaffung allen Eigentums abgelehnt wird und die Etappen einer allmählichen Abschaffung festgelegt werden. Nach dem „Projet“ erträgt das Regime eine zeitlang kleine, mittlere und sogar größere Unternehmen. Aber wenigstens diese beiden letzten Gruppen sind schon, wie gesagt, zum Sterben verurteilt. Wer kann da noch behaupten, daß der selbstverwaltete Staat infolge der Logik des eisernen Prinzips der Gleichmacherei nach der Auslöschung der mittleren und größeren Unternehmungen nicht auch die der kleinen beabsichtigt?

Wie könnte auch ein Arbeiter im Selbstverwaltungssystem zum Eigentümer werden, wenn er nur das anhäufen darf, was er zu seinem Unterhalt braucht? Wie lange muß er da arbeiten, um endlich doch nur ein paar Jährchen sein Eigentum genießen zu können? Oder um es seinen Kindern, die aus einigen seiner Verbindungen hervorgegangen sein mögen, zu übertragen, die schon in frühester Kindheit dem Staat übergeben wurden und deren Mentalität ausschließlich durch diesen gebildet wurde, die also ihren Eltern gegenüber fremd sind, wie wahrscheinlich auch die Eltern sich selbst fremd geblieben sind, da ja ihre Verbindung nur noch unsteten Charakter hat? Diese Fragen machen es uns klar, wie sehr das Eigentum, wenn es auch klein sein mag, doch ein Fremdkörper in dieser selbstverwalteten Welt ist. Mit anderen Worten, es wird nur wegen der stufenweisen Vorgehenstaktik vorläufig überleben³³.

12. Der landwirtschaftliche Besitz im „Projet socialiste“

Den „Projet“ erkennt man viel besser an seinen Zielen, als an den Etappen, die er aus taktischen Überlegungen zulassen und tolerieren muß.

Wie sieht es unter diesem Gesichtspunkt mit dem ländlichen Grundbesitz, d.h. mit den kleinen Landgütern familiären Charakters in der sozialistisch geformten Gesellschaft aus? Die Frage setzt schon die Abschaffung der mittleren und großen Besitztümer voraus.

Der „Projet“, wie auch die allgemeine Regierungserklärung des Premierministers Pierre Mauroy, sind auf diesem Gebiet ungenau und doppeldeutig.

Der „Projet“ schlägt Maßnahmen vor, die auf den ersten Blick vernünftig und als Schutz der Bauern erscheinen: Produktionsförderung, Marktorganisation, Aufwertung des Bauernstandes und Grundbesitzgarantie. Ausnahme ist allein ein Preisschutzsystem für landwirtschaftliche Produkte, natürlich nur – oder fast nur – für Kleinbauern; die anderen Produzenten, die stufenweise toleriert werden, sollen überleben, so gut sie können oder aber dahinsiechen.

Man fragt sich dann allerdings, wie weit die Rechte des Kleinbauern noch gehen, wenn der Hauptpunkt der sozialistischen Vorschläge die Schaffung von „offices fonciers“ vorsieht, die den Markt organisieren sollen und unter anderem „für die Sicherstellung einer besseren Verteilung und Nutzung des Bodens verantwortlich“ sein sollen.

Außerdem werden diese „offices fonciers“ die kollektive Selbstverwaltung der Kleinbauern und der Verbraucher über die bebaubaren Ländereien bilden. Das würde ständig den Kleinbetrieb einer Veränderung seiner Grenzen, Abtrennungen und Zusammenle-

gungen unterwerfen, ähnlich einer andauernden Agrarreform und einer Diktatur über die landwirtschaftlichen Preise³⁴.

Wenn man also im Zusammenhang sieht, was der „Projet“ über die selbstverwaltete Gesellschaft vorhat, tauchen zwei Fragen auf, die sich auf den Kern der Gedankenwelt beziehen, die ihn inspiriert. Ist er wirklich liberal? Sagt sein Inhalt etwas über Religion aus? – Darauf kommen wir jetzt zu sprechen.

III. Der doktrinäre Kern des „Projet socialiste“: Laizismus – „Liberté, égalité, fraternité“

1. Die Menschenrechte in der selbstverwalteten Gesellschaft: sich informieren, Dialog führen und wählen

Wir haben bereits gesehen, daß die SPF darauf vorbereitet ist, den Bürger von der Geburt an bis zum Tode zu erziehen, seinen Geist bei Arbeit und Erholung, durch Kultur und Kunst zu formen und sogar seine Wohnungseinrichtung zu beeinflussen. Wie wirkt sich dies alles auf die Freiheit des Einzelnen aus?

Wir finden nun bestätigt, was wir eingangs über die Beziehungen zwischen Freiheit und Gleichheit in der Trilogie der Französischen Revolution gesagt haben. Wenn Freiheit bedeutet, daß man nichts und niemanden mehr über sich hat und also tun und lassen kann, was einem gefällt – denn das ist die radikale anarchistische Bedeutung dieses Begriffs – dann ist der selbstverwaltete Bürger nur dem Schein nach frei. Tatsächlich wird er aber in keinem Augenblick seines Lebens wirklich frei sein.

Der selbstverwaltete Bürger wird das Ausmaß seiner rein individuellen Freiheit, die es ihm erlaubt, seinem einzigartigen und unvertauschbaren Charakter Ausdruck zu verleihen, mehr und mehr eingeschränkt sehen. Denn bei der Arbeit wie in der Freizeit ist er frei, sich zu informieren, zu dialogieren und zu wählen. Aber die Entscheidung wird gewöhnlich vom Kollektiv getroffen. Seine Freiheit besteht darin, in den öffentlichen Debatten seine Meinung zu sagen und nach seinem Gutdünken zu wählen. Er ist frei als Wähler, der Namen aussuchen kann, und als Stimmabgeber bei den entscheidungstreffenden Versammlungen. Als Individuum aber wird er vom „Projet“ bis an die Grenze des Nichtseins gestoßen³⁵. Nicht unmittelbar zum Vorteil der Staatsgewalt, sondern eines sozialen Gewebes oder eines Mechanismus, der sich aus selbstverwalteten Gruppen von Unternehmen und Nichtunternehmen zusammensetzt.

Das Machtdiagramm in der selbstverwalteten Gesellschaft beginnt bei den Versammlungen, geht über die Komitees und sonstige Gesellschaftsorgane und endet beim Staat. Natürlich nur solange, als die Selbstverwaltung nicht zur endlichen Selbstzerstörung des Staates und zur Verbreitung seiner Macht auf kleine eigenständige Gemeinschaften führt³⁶. Vom Arbeiter aus gesehen könnte diese Darstellung die Form eines Rhombus haben. In der einen Ecke befindet sich das eigene Unternehmen, in dem er ein redendes und wählendes Molekül ist. Im entgegengesetzten Winkel befindet sich der Staat.

Dieser aber läge auf dem höchsten Punkt des Rhombus, während die Arbeiterversammlung am unteren Scheitelpunkt läge. Das will nicht sagen, daß die einmal eingeführte Selbstverwaltung nichts mehr sei als eine Fassade, hinter der der Staat alle Fäden in den Händen hielte. Das kann vorkommen. Es kommt uns aber hier nicht auf die Mißbildungen der selbstverwalteten Gesellschaft in der Praxis an. Wir betrachten nur das sozialistische Trugbild, wie es in seiner ganzen Originalität in die Praxis umgesetzt, aussehen würde.

Worauf es also nach der Logik des „Projekt“ ankommt, ist dies:

a) Wenn erst einmal die selbstverwaltete Gesellschaft eingeführt ist, wird die Staatsgewalt „nach und nach“ abnehmen;

b) zur Zeit der Einführung durch Gesetze aber, ist sie allmächtig. Solange das Gesetz als Grundlage und Norm dieser Gesellschaft dient, wird sie kraft dieses staatlichen Aktes, der sie schuf und organisierte, leben können. Diesen staatlichen Eingriff kann der Staat zu jeder Zeit rückgängig machen oder erweitern, wie es ihm gerade paßt... wenigstens solange es ihn noch gibt;

c) so groß ist die Macht des Staates in den westlichen Gesellschaftsformen nicht. Sowohl die östlichen wie die westlichen Länder haben im Prinzip die These der Oberhoheit des allgemeinen Wahlrechts anerkannt. Aber diese Oberhoheit beschränkt sich im Westen selbst durch die Anerkennung der individuellen Freiheiten, die mehr oder weniger weit gesteckt sein können. Im Osten aber besitzt dieses Prinzip keine tatsächliche Geltung. Und, wie man sieht, seine Geltung wird sich auch nicht auf die selbstverwaltete Gesellschaft erstrecken, in der die Freiheit des Einzelnen nur darin besteht, in den Versammlungen das Wort zu ergreifen und seine Wahl zu treffen.

So verfügt also der Staat über alles in der selbstverwalteten Gesellschaft. Er zerstört die Familie und schafft Ersatz für sie. Er gewährt den Molekülen des Selbstverwaltungssystems diesen Überrest an Rechten, die sie in dieser Gesellschaftsform noch haben werden und verfügt über die uneingeschränkte gesetzgeberische Gewalt in bezug auf die Selbstverwaltung der Unternehmen, der Erziehungseinrichtungen und sonstiger. Er unterrichtet, er bildet aus, er schafft Gleichheit, er füllt die Freizeit aus. Kurz gesagt, er setzt sich im Kopf der Individuen fest. Diese sind dann nur noch Automaten, deren einzige eigene Lebenszeichen darin bestehen, sich zu informieren, zu besprechen und zu wählen. Das wäre die konkrete Realisierung der bekannten Trilogie: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Mit einem Wort gesagt: die selbstverwaltete Gesellschaft besitzt eine eigene Moral und Philosophie³⁷, die der Arbeiter wie ein Roboter selbst mit der Luft, die er atmet, in sich aufnimmt.

2. Die Religion und die Religionen im „Projekt“

Die selbstverwaltete Gesellschaft beschränkt sich nicht nur darauf, die individuellen Freiheiten auszurotten oder zu untersagen, sondern sie will auch, wie wir gesehen haben, selbst das Gewissen formen.

Diese Betrachtungen müssen natürlich dazu führen, eine Analyse zu versuchen, inwieweit der „Projekt“ die Rechte der Religion beschneidet.

a) Er ist von laizistischer Prägung in jedem Wort, man könnte sogar sagen in jedem Buchstaben. Er hat nicht Gott im Sinn. Für ihn ist nicht Gott die Quelle allen Rechts, sondern der Mensch, die Gesellschaft. Der „Projet“ kennt kein jenseitiges Leben, keine Offenbarung, keine Kirche als „mystischen Leib Christi“³⁸.

b) Die Religion – im „Projet“ sind es die Religionen, denn keine trägt für ihn einen übernatürlichen Charakter – ist lediglich ein sozialer Faktor, den es immer schon gab und noch gibt. Eine Tatsache, die mit der selbstverwalteten Gesellschaft nichts gemein hat und ihrer Weltlichkeit frontal entgegengesetzt ist.

Das läßt voraussehen, daß die selbstverwaltete Gesellschaft, die darauf aus ist alles zu zerstören, was ihr fremd und entgegengesetzt ist, auf eine „stufenweise“ Aufhebung der Religionen hinarbeiten wird.

Es ist wahr, daß der „Projet“ die Kultfreiheit garantiert. Aber ihr Spielraum ist auf ein Minimum begrenzt, denn die ganze weltliche Ordnung wird in einem der Kirche entgegengesetzten Sinn entworfen und ausgeführt: die Wirtschaft, die soziale Organisation, der politische Totalitarismus, die Fortpflanzung des Menschengeschlechtes, die Familie und sogar der Mensch selbst³⁹.

Der „Projet“ bedingt eine so vollständige Auffassung der Gesellschaft, daß er notwendigerweise, wenn auch nicht klar ausgesprochen, eine allumfassende Weltanschauung voraussetzen muß. Denn diese ist ja doch irgendwie der Zusammenhang, in dem sich die Gesellschaft bewegt. Eine globale, laizistische und in sich selbst geschlossene Gesellschaft entspricht einer laizistischen, globalen und in sich geschlossenen Welt.

Die Weltanschauung ihrerseits bedingt die Bejahung oder Verneinung Gottes. Der „Projet“ ist eine völlig glaubwürdige Verneinung Gottes, wenn seine Ausdrucksform auch nicht mehr als Schweigen ist⁴⁰. Der „Projet“ ist also „gottlos“, ohne Gott, atheistisch.

Man darf sich daher fragen, ob das Verschweigen Gottes nicht nur eine Stufe auf dem Weg zu irgendeiner Art von Pantheismus ist, vielleicht evolutionistischer Färbung?

Der Bezug auf einen möglichen Pantheismus entspricht durchaus der sozusagen, heilbringenden Funktion die der „Projet“ der Gesellschaft zuschreibt, in der der Einzelne sich vor dem Versagen retten kann, das ihm seine individuelle Natur auferlegt. Es ist der Weg zur Lösung aller Probleme⁴¹.

Der Bezug auf den Evolutionismus drückt aber auch den willkürlichen, unnatürlichen und künstlichen Charakter des sozialistischen Reformgeistes aus und überdies des grundsätzlichen Relativismus, zu dem sich der „Projet“ bekennt⁴². Ausgehend von höchst unklaren philosophischen Auffassungen, die sich im Text von Anfang bis Ende widerspiegeln, verneint der „Projet“ die fundamentalsten Grundsätze der natürlichen Ordnung: wie die verschiedenartigen Aufgaben vom Mann und Frau, die Familie, die eheliche Autorität des Mannes, die väterliche Verfügungsgewalt, das Autoritätsprinzip auf allen Gebieten und allen Abstufungen, das Recht auf Eigentum des Einzelnen, die erbliche Nachfolgerschaft. Der „Projet“ hat vor, im Kampf gegen das Werk des Schöpfers eine menschliche Gesellschaft aufzubauen, die sich genau der Natur entgegengesetzt, die Gott für den Menschen geschaffen hat.

Das alles setzt voraus, daß die Natur, die von der SPF als unendlich gestaltbar angesehen wird, vom Menschen nach seinem Belieben umgeformt werden kann. Das erinnert an das evolutionistische Weltbild!

3. Die französischen Bischöfe und die SPF

Angesichts dieser Tatsachen können wir als Katholiken nicht unsere Verwunderung verschweigen, die, wenn erst einmal die geistige Verwirrung vorbei ist, sicher von allen Völkern der Welt bis zum Ende der Zeiten mit uns geteilt werden wird, daß die französische Bischofskonferenz angesichts der Wahlen, die geeignet waren, den Mentoren und Vorkämpfern der SPF den Weg zur Macht frei zu machen, nicht ein einziges Wort der Warnung hervorgebracht haben vor der großen Gefahr, in die das Land und mit ihm die Kirche selbst und die noch überlebenden Ruinen der Christenheit lief. Im Gegenteil legte der Ständige Rat des französischen Episkopats in seinen beiden Erklärungen (10. Februar und 1. Juni dieses Jahres) seine neutrale Position gegenüber den verschiedenen Kandidaten an den Tag, mit der Behauptung, daß er nicht „Druck ausüben wolle auf die persönlichen Entscheidungen“ der französischen Katholiken, und er appelliere an alle, die Wahlkampagne mit allem „Respekt gegenüber den Menschen und den Gruppierungen zu führen, einschließlich der feindlich gesinnten“ (Erklärung vom 10. Februar 1981)⁴³.

In ihrer Erklärung vom 1. Juni, „anlässlich der Parlamentswahlen“, heben die Bischöfe hervor, daß es „zu einer demokratischen Gesellschaft gehöre“, daß man wählen muß zwischen Projekten und Programmen, „die vorgetragen werden und die sich widersprechen“. Wenn also die katholische Kirche „ihre eigenen Gedanken über die nächste Zukunft unserer Gesellschaft“ vortrage, so tue sie das nur, „um die Aufmerksamkeit der Menschen auf die Grundwerte des persönlichen und des gemeinsamen Lebens der Menschen zu richten, und nicht, um eine bestimmte Gruppierung zu unterstützen oder sich einer zu widersetzen“. Mit diesem Verhalten wollten die Bischöfe ihren Beitrag „zur Würde und Großzügigkeit bei den Debatten“ leisten⁴⁴.

Diese Haltung entspricht genau dem Dokument *Pour une pratique chrétienne de la politique*, das fast einstimmig 1972 in Lourdes von den Bischöfen gutgeheißen wurde (s. *Politique, Eglise et Foi, Le Centurion, Lourdes, 1972, S. 75-110*). In diesem Dokument stellen die Bischöfe fest, „daß die französischen Katholiken heute über den ganzen weiten Fächer der politischen Strömungen verteilt sind“ (a.a.O., S. 80), daß heißt, einschließlich SPF und KPF.

Angesichts dieser Tatsache von grundsätzlicher Bedeutung beschränken sich die Bischöfe lediglich darauf, die Legitimität des Pluralismus zu betonen und mit sichtlicher Genugtuung das Engagement von „vielen Christen“ in „der gemeinsamen Befreiungsbewegung zu erwähnen“, die der Klassenkampf marxistischer Tendenz sucht und von ihnen nicht mit entschiedenen Worten verurteilt wird⁴⁵.

Wenn man diese Präzedenzfälle betrachtet, wirkt die an sich unglaubliche Tatsache, daß die sozialistische Lehre schon seit 10 Jahren unangefochten in die Herde eindringt, die der Heilige Geist dem Eifer und der Obhut der französischen Oberhirten anvertraut hat, kaum noch befremdlich. So hat also die Stimme der in sozialistischen Reihen irreführten Katholiken entschieden zum Wahlsieg der Selbstverwaltungsfürsprecher bei den letzten Wahlen beigetragen⁴⁶.

In Anbetracht dieser Tatsachen – und vieler anderer, die es in der heutigen Welt gibt – versteht man umso besser, daß die heilige Kirche sich in einem geheimnisvollen Prozeß der „Selbsterstörung“ befindet, wie es Paul VI. in seiner Ansprache vom 7.12.1968 feststellte, und daß nach den Worten desselben Papstes, der „Rauch des Satans“ (Ansprache vom 29.6.72) in sie eingedrungen ist.

IV. Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs?

Die Wahl eines Staatsoberhauptes und Parlamentswahlen sind innere Angelegenheiten eines jeden Landes. Die Freiheit, dieses ohne ausländische Einmischung vorzunehmen, ist ein fundamentales Element der Souveränität. So könnte man fragen, wie es dreizehn Organisationen, von denen zwölf nicht aus Frankreich stammen, für angebracht halten im ganzen Westen eine Botschaft zu veröffentlichen, dessen wesentliches Thema ein Kommentar über die letzten französischen Wahlen ist; ein Kommentar, der die Förderung einer Strategiewahl im Hinblick des Wahlergebnisses beabsichtigt.

Dieser Einwand kann verständlicherweise nur von jemanden kommen, der die vollständige Auswirkung des „Projet socialiste“, das Wesen der französischen SP und die unvermeidliche und umfangreiche Rückwirkung des sozialistischen Sieges im politischen und kulturellen Leben der verschiedenen westlichen Völker nicht kennt.

Der „Projet“ behauptet in der Tat, daß die Einmischung in die Innenpolitik und besonders in den Klassenkampf anderer Länder eines seiner Ziele ist. Darum ist es zu befürchten, da nun die SP die Macht übernahm, daß sie die Mittel des französischen Staates und Frankreichs internationale Ausstrahlung zur Erreichung dieses Zieles benutzen wird⁴⁷. Daher ist es für die zwölf Organisationen keine Einmischung in ausschließlich innere Angelegenheiten eines anderen Landes, wenn sie, nebst der werten und vielversprechenden französischen TFP, eine Stellungnahme zu den Zielen und der Betätigung der SP in Frankreich und in den jeweiligen Ländern veröffentlichen, sondern eine Vorsorge zum Schutze der Zukunft ihrer eigenen Länder. Durch diese Veröffentlichung machen die TFPs und gleichartige Gesellschaften aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kanada, Kolumbien, Portugal, Spanien, Venezuela, den Vereinigten Staaten und Uruguay, in Verbindung mit der TFP Frankreichs, nur Gebrauch ihres Rechts auf Selbstverteidigung.

So ist es folgerichtig, daß Gesellschaften aus zwölf Ländern des Westens ihre Mitbürger ansprechen und sie vor den Problemen warnen, die infolge des Aufstiegs der französischen SP zu erwarten sind. Ebenso, um mit der Unterstützung der französischen Idealführer das französische Volk auf die inneren Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, in die es infolge des überwiegend ideologisch-imperialistischen Begriffs der Außenpolitik im „Projet“ geraten kann.

Die Vorsehung gab Frankreich unter den Nationen des Westens eine derartige Stellung, sodaß die dort auftauchenden Debatten gewöhnlich universalen Problemen entsprechen. Der französische Genius, gewandt in der Problembewältigung, klar im Denken, brillant im Ausdruck, weiß diese Probleme in einem Niveau zu diskutieren, die sie in unzähligen historischen Situationen mit den Universalgedanken des menschlichen Geistes in Beziehung bringt. Durch die Analyse der gegenwärtigen Situation Frankreichs sind sich die

Gesellschaften, die diese Botschaft unterzeichnen, bewußt, daß viele Fragen, die heute in ihren Ländern mehr oder weniger im verborgenen gären, im Hinblick auf den Weltwiderhall der eventuellen Ereignisse der kommenden Monate in Frankreich, beschleunigt und vielleicht sogar auf einen kritischen Punkt hingerissen werden könnten (s. Abschn. I,4). Dies ist ein weiterer Grund zur Behauptung, daß der Selbstverwaltungssozialismus gegenwärtig nicht nur für Frankreich, sondern für die ganze Welt bedrohliche Aussichten schafft.

V. Die glorreiche Zukunft Frankreichs nach dem hl. Pius X.

Mit Genugtuung schließen wir diese Überlegungen indem wir Unsere Liebe Frau, die Mittlerin aller Gnaden, bitten, sie möge die prophetisch widerhallenden Worte des heiligen und unübertrefflichen Papstes Pius X. über Frankreich durch Taten bestätigen:

„Ein Tag wird kommen, und wir hoffen, er ist nicht weit entfernt, da Frankreich, wie Saulus auf dem Wege nach Damaskus, in ein himmlisches Licht gehüllt und eine Stimme hören wird, die ihm sagt: ‚Mein Kind, warum verfolgst du mich?‘ Und auf dessen Frage: ‚Wer bist du, Herr?‘ wird die Stimme antworten: ‚Ich bin Jesus, den du verfolgst. Es ist hart für dich, gegen den Stachel auszuschielen, denn in deinem Eigensinn zerstörst du dich selbst.‘ Und das Kind, zitternd und staunend, wird sagen. ‚Herr, was befehlst du mir?‘ Und er: ‚Stehe auf, entferne die Flecken, die dich verunzieren, erwecke in deiner Brust die dort eingeschlafenen Gefühle und den Pakt unseres Bundes und gehe, erstgeborenes Kind der Kirche, auserwählte Nation, Gefäß der Wahl, gehe wie in der Vergangenheit, trage meinen Namen vor alle Völker und Könige der Erde.“ (Konsistorialansprache *Viringrazio*, vom 29. November 1911, Acta Apostolicae Sedis, Typis Polyglottis Vaticanis, Rom, 1911, S. 657).

„Am Ende wird mein unbeflecktes Herz triumphieren“, versprach die Mutter Gottes in Fatima. Dies ist es, worum wir sie für Frankreich und die Welt bitten.

Am 64. Jahrestag der letzten

Muttergotteserscheinung in Fatima ,

São Paulo, den 13. Oktober 1981

Association Française pour la Défense de la Tradition, de la Famille et de la Propriété

American Society for the Defense of Tradition, Family and Property

Sociedad Argentina de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad

Sociedade Brasileira de Defesa da Tradição, Família e Propriedade

Sociedad Chilena de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad

Sociedad Colombiana de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad

Sociedad Cultural Covadonga – TFP (Spanien)

Sociedad Ecuatoriana de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad

Sociedad Uruguaya de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad

Sociedad Venezolana de Defensa de la Tradición, Familia y Propiedad
Centro Cultural Reconquista (Portugal)
Jóvenes Bolivianos pro Civilización Cristiana
Young Canadians for a Christian Civilization

Anmerkungen zu I.

1 . Die hier vorgelegte Charakterisierung der SPF kann nachweislich durch Dokumente belegt werden.

Die jetzige Sozialistische Partei Frankreichs ging aus dem Treffen von Epinay 1971 hervor. Seitdem hat diese neue politische Organisation verschiedene offizielle Dokumente ideologischen und programmatischen Charakters veröffentlicht insbesondere anlässlich der Wahlkämpfe. Hinzu kommt eine bedeutende Anzahl von internen Veröffentlichungen zur Ausbildung ihrer Anhängerschaft oder zur Bekanntmachung der Ergebnisse von Parteikolloquien und Studientreffen.

Da es unmöglich ist, die große Menge der zur Verfügung stehenden Materialien zu bearbeiten, werden wir in unseren Ausführungen vor allem auf drei Dokumente von grundsätzlicher Bedeutung für die SPF Bezug nehmen:

a) *Le Projet Socialiste pour la France des années 80 (Sozialistischer Entwurf für das Frankreich der 80er Jahre* – Club Socialiste du Livre, Paris, Mai 1981, 380 S.) stellt die Ziele der französischen Sozialisten für die nächsten zehn Jahre dar. Der *Projet* definiert die sozialistischen Prioritäten neu und kündigt von vornherein die großen Unternehmungen an, die vor dem französischen Volk den Sinn des Vorgehens der SPF kennzeichnen sollen. Es muß betont werden, daß die bisherigen Texte und Programme der Partei damit nicht außer Kraft gesetzt werden (die später noch zu erwähnen sein werden). Vielmehr „*setzt es diese fort und erweitert ihr Aktionsfeld und ihren Wirkungskreis*“ (a.a.O., S.7).

Anlässlich des Nationalkonvents der Partei, am 13. Januar 1980 in Alfortville wurde der „Projet“ mit 96% der Stimmen angenommen. Sowohl das *Manifest von Créteil*, vom 24. Januar 1981, als auch die dazugehörigen *110 Propositions pour la France* wurden vom *Projet* beeinflusst. Auf der Grundlage dieser beiden Dokumente, die einstimmig auf dem Treffen von Créteil angenommen worden waren, ging die SPF an den Wahlfeldzug Mitterrands zur Erlangung der Präsidentschaft heran (vgl. „*Le Poing et la Rose*“, Nr. 91, Februar 1981).

b) 1972 begannen die Verhandlungen zwischen der SPF und der KPF über ein verbindliches Regierungsabkommen, das schließlich zum *Programme commun de gouvernement de la gauche (Gemeinsames Regierungsprogramm der Linken)* führte und für fünf Jahre Gültigkeit hatte. Da sich 1977 die beiden Parteien nicht über eine Erneuerung der Vereinbarungen einigen konnten, erneuerte die SPF das *Gemeinsame Programm* auf eigene Verantwortung. Anfang 1978, während des Wahlfeldzuges, veröffentlichte die SPF dieses erneuerte Programm, um der öffentlichen Meinung die „*Möglichkeit zu geben, anhand von Dokumenten selbst zu beurteilen*“, was die Partei zu tun beabsichtige, falls sie die Wahl gewinnen würde, und um gleichzeitig jedem die Möglichkeit zu geben, „*seine Anwendung zu verfolgen*“ (vgl. *Le programme commun de gouvernement de la gauche – Propositions socialistes pour l'actualisation*, Flammarion, Paris, 1978, 128 S., Vorwort von François Mitterrand. S.3).

c) Schließlich sind die *Quinze thèses sur l'autogestion (Fünfzehn Thesen zur Selbstverwaltung)*, angenommen vom Nationalkonvent der Sozialistischen Partei, am 21. und 22. Juni 1975 (vgl. „*Le Poing et la Rose*“, Beiheft zu Nr. 45, vom 15. November 1975, 32 S.) von besonderem Interesse, da in ihnen die französischen Sozialisten die Perspektiven einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft darlegen als „*einen vorläufig noch theoretischen eigenen Beitrag der SPF zur Geschichte der Arbeiterbewegung*“ (vgl. „*Documentation Socialiste*“, Club Socialiste du Livre, Beiheft zu Nr. 2, o.J., S. 42 u. 43) und behaupten, der Idee der Selbstverwaltung neuen Inhalt geben zu haben (vgl. „*Documentation Socialiste*“, Nr. 5, o.J., S.58).

Die SPF nahm an, mit diesen Unterlagen dem Durchschnittswähler eine ausreichende Anzahl von ausführlichen Begriffen vorgelegt zu haben, um seine überzeugte Anhängerschaft und Stimme zu erhalten. Sie sind also sozusagen ein Selbstportrait der SPF, eine Darstellung, deren Wahrheitstreue nicht angezweifelt werden kann, da man annehmen muß, daß eine Bewegung, welche gerade einen solchen geschickten strategischen Sieg errungen hat, in der Lage sein sollte, sich selbst klar darzustellen. Übrigens bekennen sich die Sozialisten zur Verantwortung für ihre Veröffentlichungen, wie man im *Projet Socialiste* nachlesen kann: „*Wir gehen als einzige das Risiko ein, unsere Grundsätze schwarz auf weiß darzulegen mit dem Unabänderlichen des gedruckten Blattes. ... Wir zeigen uns, wie wir sind.*“ (a.a.O., S.11).

Der sozialistische Premierminister Pierre Mauroy legte der Nationalversammlung nach Regierungsantritt eine *Déclaration de politique générale du Gouvernement (Allgemeine politische Regierungserklärung)* vor. In dieser Erklärung und der darauffolgenden Parlamentsdebatte bekräftigte der Premierminister die allgemeinen Richtlinien des *Projet Socialiste* und machte außerdem wichtige Aussagen zur ideologischen und programmatischen Charakterisierung der SPF (vgl. „*Journal Officiel – Debats Parlementaires*“, 9. u. 10. Juli, 1981). Übrigens versicherte der Premierminister ausdrücklich bei dieser Gelegenheit, daß er „*vom Kabinett die Erlaubnis erhalten habe, die Regierung offiziell zu dieser generellen Politik zu verpflichten, gemäß Artikel 49 der Verfassung*“ („*Journal Officiel*“, 9. Juli 1981, S. 55).

- Hinweise auf die genannten Dokumente werden in dieser Arbeit mit den Abkürzungen *Projet, Programme commun – Propositions pour l'actualisation, Quinze Thèses und Déclaration de politique générale* angegeben. Die Hervorhebungen in den Zitaten stammen von uns.

- Die Veröffentlichungen der SPF benutzen den Ausdruck *Projet socialiste* sowohl zum Hinweis auf das Schriftstück *Projet socialiste pour la France des années 80*, als auch allgemein als Hinweis auf das neue Gesellschaftsprojekt, das sogenannte *Projet autogestionnaire* (Entwurf zur Selbstverwaltung), das sie für Frankreich und die Welt vorschlugen. In diesem Falle sind die Ausdrücke *Projet socialiste* und *Projet autogestionnaire* gleichbedeutend. In der vorliegenden Arbeit ist der gleiche zweideutige Sinn beim Einsatz des Ausdruckes (in spezifischem und in allgemeinem Sinn) beibehalten worden. Der Leser wird leicht herausfinden, welche Quelle benutzt wurde, da Zitate aus sozialistischen Veröffentlichungen, die hier benutzt werden, keinen Raum für Zweifel lassen.

2. Trotz der offensichtlichen Zusammenarbeit zwischen der SPF und der KPF soll der Nutznießer derselben ein wenig verborgen bleiben. Das heißt, daß die Sozialisten im Vordergrund bleiben sollen:

„*Es ist notwendig, daß die KPF dieser Tatsache der französischen Politik ins Auge sieht: die Mehrzahl der Franzosen wird ihre Regierung nur dann der Linken anvertrauen, wenn vorher sichergestellt ist, daß der Sozialismus die Freiheit für unsere Zeit bringt.*“

„*Ob man es will oder nicht: um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß die sozialistische Partei als die treibende Kraft dieser Allianz erscheint. Das mindert in keiner Weise die Rolle, welche die Kommunistische Partei dabei zu spielen hat.*“ (*Projet*, S. 366).

Die Kommunisten haben ihre Rolle sehr gut verstanden. Nach den Worten des Generalsekretärs der SPF, Lionel Jospin, stimmten anderthalb Millionen kommunistische Wähler (etwa ein Viertel der Partei) schon in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen für Mitterrand (vgl. „*Le Point et la Rose*“, Nr. 83, 30. Mai 1981, S. 1).

3. Hinweise auf die Rechte in diesem Werk schließen die traditionalistische französische Rechte, die stark vom Katholizismus beeinflusst ist und deren Haltung während der Wahlen von 1974, 1978 und 1981 schwer zu ermitteln und daher schwer zu bewerten ist, nicht ein.

Anmerkungen zu II.

4. In seinem Apostolischen Brief „*Notre Charge Apostolique*“, vom 25. August 1910, in dem er die französische Bewegung *Le Sillon* von Marc Sangnier verurteilt, analysiert der hl. Papst Pius X. die berühmte Trilogie folgendermaßen:

„*Der Sillon vertritt in edelmütiger Weise die Menschenwürde. Aber er versteht diese Würde im Sinne gewisser Philosophien, mit denen die Kirche durchaus nicht einverstanden ist. Das erste Element dieser Würde ist die **Freiheit**, die so verstanden wird, dass jeder Mensch, außer in religiösen Dingen, unabhängig ist. Aus diesem Grundprinzip zieht der Sillon folgende Schlüsse: Heute steht das Volk unter der Vormundschaft einer mit ihm nicht identischen Autorität; von ihr muss es sich befreien: das ist die **politische Emanzipation**.*“

Das Volk steht in der Abhängigkeit von Arbeitgebern, die seine Produktionsmittel in der Hand haben und es dadurch ausbeuten, unterdrücken und erniedrigen; es muss ihr Joch abschütteln: das ist die **wirtschaftliche Emanzipation**.

Das Volk ist schließlich beherrscht von einer sogenannten leitenden Kaste, welcher ihre bessere intellektuelle Bildung eine ungebührliche Vorrangstellung in der Führung aller Angelegenheiten sichert; es muss sich dieser Herrschaft entziehen, das ist die **intellektuelle Emanzipation**. Eine Einebnung der Verhältnisse unter diesen drei Gesichtspunkten wird **die Gleichheit** unter den Menschen herbeiführen, und diese Gleichheit **ist die wahre menschliche Gerechtigkeit**. Eine politische und soziale Ordnung, die auf dieser doppelten Basis der Freiheit und der Gleichheit ruht (an die sich bald noch die Brüderlichkeit anschließt): das ist es, was sie Demokratie nennen. ...

In der Politik will der Sillon zunächst die Autorität nicht abschaffen, er hält sie im Gegenteil für notwendig; aber er will sie aufteilen oder, besser gesagt, vervielfältigen, **sodass jeder Bürger eine Art von König wird**. ...

Dementsprechend gilt das Gleiche **für die Wirtschaftsordnung**. Das Unternehmertum wird dadurch, dass es einer einzigen Klasse weggenommen wird, so sehr vervielfältigt, **daß jeder Arbeitnehmer eine Art von Unternehmer wird**. Die Form, unter der dieses wirtschaftliche Ideal realisiert werden soll, sei nicht die des Sozialismus, wie man betont; es wird ein System von Genossenschaften geben, die zahlreich genug sind, um einen fruchtbaren Wettbewerb hervorzurufen, und um die Unabhängigkeit der Arbeiter zu wahren, die an keine von ihnen fest gebunden sein sollen. ...

Und nun zum wichtigsten Gebiet, dem sittlichen. ... Der Enge seiner Privatinteressen entrissen und zu den Interessen seines Berufsstandes emporgehoben, und, noch höher hinauf, zu den Interessen der gesamten Nation, ja, noch höher, zu denen der ganzen Menschheit (**denn der Horizont des Sillon endet nicht an den Grenzen des Vaterlandes, er erstreckt sich über alle Menschen hin bis ans Ende der Erde**), wird das menschliche Herz, geweitet durch die Liebe zum allgemeinen Wohl, alle Genossen des Berufsstandes, alle Landsleute, alle Menschen umarmen. Und siehe da, so wird die Größe und ideale Würde des Menschen verwirklicht in **der berühmten Dreieheit**: Liberté, Égalité, Fraternité. ...

Das ist, kurz zusammengefasst, die Theorie, man könnte auch sagen der Traum des Sillon...“ (Acta Apostolicae Sedis, Typis Polyglottis Vaticanis, Rom, 1919, Band II, S. 613-615).

Somit führte der hl. Pius X. also die Gedanken seiner Vorgänger fort, die seit Pius VI. die Irrtümer, die dem Motto der französischen Revolution entsprungen waren, verurteilt haben.

In seinem Dekret vom 10. März 1791 an den Kardinal de la Rochefoucauld und an den Erzbischof von Aix-en-Provence, das sich mit den Prinzipien der Zivilkonstitution des Klerus beschäftigte, erklärte Pius VI.:

„Sie (die französische Nationalversammlung) hat also dem Menschen in der Gesellschaft das Recht auf absolute Freiheit zugesprochen, die ihm nicht nur die Glaubensfreiheit gewährleistet, sondern auch das Recht über die Religion zu denken, zu sprechen, zu schreiben und sogar zu veröffentlichen, wie es in seinem Gutdünken steht. **Diese Ungeheuerlichkeiten seien abgeleitet und gingen von der Gleichheit der Menschen unter sich und der natürlichen Freiheit aus**. Doch könnte man etwas **Unsinnigeres** ausdenken, als **die Feststellung von Gleichheit und Freiheit für alle**, ohne dabei die Vernunft zu berücksichtigen, mit welcher die Natur das menschliche Geschlecht ausgezeichnet hat, durch die es sich also vom Rest der Tierwelt unterscheidet? Als Gott den Menschen schuf und ihn in das Paradies setzte, drohte er ihm nicht etwa zur gleichen Zeit mit der Todesstrafe, wenn er vom Baum der Erkenntnis von Gut und Böse essen würde? Wurde damit nicht die Freiheit von vornherein mit der Androhung der ersten Bestrafung eingeschränkt? Und als der Mensch durch seine Ungehorsamkeit schuldig wurde, legte ihm Gott durch Moses nicht weitere Gebote auf? Und obwohl Gott den Menschen seinem freien Willen überließ, damit er sich Gutes oder Böses verdienen könne, gab ER ihm nicht trotzdem Gesetze und Gebote, damit er sich rette, falls er sie nur befolgen wolle? (Eccli. 15, 15-16).

Wo bleibt also diese Freiheit des Denkens und des Handelns, die die Nationalversammlung den Menschen in der Gesellschaft als unbestreitbares Recht der Natur zuschreibt? ... Da der Mensch schon von Kindesbeinen an seinen Eltern gehorchen muß um von ihnen geleitet und erzogen zu werden und um sein Leben im Gleichklang mit der Vernunft, der Gesellschaft und der Religion zu ordnen, ist es sicher, daß diese vielgelobte Freiheit der Menschen von Geburt an null und nichtig ist. „Es ist notwendig, ihnen untertan zu

sein!‘ (Röm. 13,5). Damit sich also die Menschen zu einer zivilen Gesellschaft zusammenschließen könnten, mußte eine Regierungsform eingesetzt, die die Freiheitsrechte durch Gesetze und durch die höchste Gewalt der Regierenden einschränkt. Daraus folgt, was der hl. Augustinus mit folgenden Worten lehrt: ‚Der Gehorsam gegenüber den Königen ist also ein allgemeiner Pakt eines jeden menschlichen Gemeinwesens‘. (Bekanntnisse, Buch 3, B. Abschnitt, Band I, oper. edit. Maurin. S. 94). Aus diesem Grunde, ist die Herkunft dieser Gewalt weniger in einem sozialen Vertrag als in Gott selbst zu suchen, ist er doch der Ursprung von allem, was gerecht und richtig ist.“ (Pii VI. Pont. Max. Acta, Typis S. Congreg. de Propaganda Fide, Rom, 1871, Bd. I. S. 70-71).

Mehrmals verurteilte Pius VI. die falsche Auslegung von Freiheit und Gleichheit. Im geheimen Konsistorium vom 17. Juni 1793 bestätigte er die Worte der Enzyklika *Inscrutabile Divinae Sapientiae*, vom 25.12.1775, indem er sagte:

„Diese tückischen Philosophen trennen alle Bindungen, mit denen die Menschen untereinander und mit ihren Vorgesetzten verbunden sind und durch die sie angehalten werden, ihren Pflichten nachzukommen. Sie erklären ununterbrochen, daß der Mensch frei geboren und niemandem unterworfen sei, und daß daher die Gesellschaft sich aus nichts weiter als einer Gruppe dummer Leute zusammensetzt, die sich in ihrem Schwachsinn den Priestern (welche sie irreführen) und den Herrschern (welche sie unterdrücken) unterwerfen; demnach ist die Übereinstimmung zwischen Kirche und Reich nichts weiter als eine abscheuliche Verschwörung gegen die angeborene Freiheit des Menschen.“ (Enzyklika *Inscrutabile Divinae Sapientiae*). „Diese angeberischen Beschützer der Menschheit haben dem so gefälschten und lügenhaften Wort Freiheit ein anderes, gleichermaßen irreführendes Wort zugesellt, die Gleichheit. Als ob es unter den Menschen, die sich zu einer weltlichen Gesellschaft zusammengetan haben, in Anbetracht der Tatsache, daß sie verschiedenen Neigungen nachgehen und sich nach verschiedenen und gewissen Impulsen betragen, jeder Einzelne getrieben von seinen eigenen Wünschen, nicht jemand geben müsse, der mit Autorität und Stärke sich durchzusetzen vermag, um zu zwingen und zu verwalten und gleichzeitig jene zur Pflicht zu rufen, deren Betragen ordnungswidrig ist, damit die Gesellschaft nicht zerstört werde durch die starrsinnigen und widersprüchlichen Gefühle unzähliger Leidenschaften und so der Gesetzlosigkeit anheimfalle und sich vollkommen auflöse. So ist es ja auch mit der Harmonie, die sich aus dem Zusammenklang vieler Töne zusammensetzt, die sich in Unordnung und Mißklängen auflösen würden, wenn sie nicht nach Akkorden und Tonlagen kombiniert würden.“ (Pii VI Pont. Max Acta, Typis S. Congreg. de Propaganda Fide, Rom, 1871, Bd. 2, S. 26-27).

5. Außer den Ländern hinter dem Eisernen- und Bambus-Vorhang ist der Kommunismus auch in folgenden Ländern an die Macht gekommen: Nordkorea (1945), Nordvietnam (1945), Guinea (1958), Kuba (1959), Tansania (1964), Südjemen (1967), Kongo (1968), Guyana (1968), Äthiopien (1974), Guinea-Bissau (1974), Benin (1974), Kambodscha (1975), Südvietnam (1975), Kapverdische Inseln (1975), São Tomé-und-Principe-Inseln (1975), Mosambik (1975), Laos (1975), Angola (1975), Granada (1975) und Nicaragua (1979).

In Afghanistan ist seit 1978 eine linksgerichtete Regierung an der Macht, die im darauffolgenden Jahr den Einmarsch der russischen Truppen gestattete. Antikommunistische Partisanen haben allerdings den größten Teil des Landes unter Kontrolle.

Außer den aufgezählten Ländern sollte man die mehr oder weniger verhüllten marxistischen Regierungen nicht vergessen, die in verschiedenen Teilen der Welt die Macht innehaben.

6. „Es hat außerordentliche Höhepunkte in unserer Vergangenheit gegeben, die unvergessen im Kollektivbewußtsein haften bleiben werden: 1789, 1848, die Pariser Kommune und vor kurzem die Volksfront, die Befreiung vom NS-Regime und Mai 1968“ (Projet, S. 157).

„Die SPF hat einen Großteil der Energie und positiven Bestrebungen aufgefangen, die den Kräften des Mai 1968 entsprangen“ (Projet, S. 23).

„Diese ungeordnete extreme Linke (die für Öffentlichkeit besonders sichtbar nach dem Mai 1968 hervortrat) hat den Verdienst, jedermann einige lästige Fragen zu stellen, was bestimmt sehr nützlich ist“ („Documentation Socialiste“, Nr. 5, o.J., S. 36).

„Eine neue Empfindsamkeit in den Reihen der Linken sah in der ‚Kulturrevolution‘ in Kalifornien während der sechziger Jahre – von der eine bestimmte Ideologie, die sich auf Mai 1968 bezieht, das französische Gegenstück ist – das Aufkommen einer Kritik der Linken am Fortschritt“ (Projet, S. 30-31).

7. „...die Gleichheit als solche (ist) eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung“ (Projet, S. 127). „Die Idee der Gleichheit ist nach wie vor eine neue und kraftvolle Idee“ (Projet, S. 113-114).

„Es gehört nicht nur zum Ideenschatz des französischen Sozialismus, sondern auch zu den Ideen von Marx, daß die Übernahme der Macht durch die unmittelbaren Produzenten gefordert werden soll, daß die Arbeitstrennung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen aufgehoben werden muß, ebenso wie zwischen handwerklicher und intellektueller Arbeit, und daß nach der Pariser Kommune, die Lahmsetzung des Staates herbeigeführt werden muß“ (Quinze thèses, S. 6).

„Die Infragestellung der Lohnstaffelungen sollte logischerweise verbunden sein mit einer Neubewertung der handwerklichen Arbeit und der Entwicklung eines Systems, das eine abwechselnde Aufgabenstellung beinhaltet“ (Quinze thèses, S. 10).

„Die sozialistischen Theoretiker haben gezeigt, wie die Ungleichheiten, die die leitenden Klassen als ‚natürlich‘ hinstellen, zunehmend überwunden werden können“ (Quinze thèses, S. 10).

„Die gegenwärtige Arbeitsteilung wird mehr und mehr in Frage gestellt mit allem, was sie an Ausbeutung und Entfremdung beinhaltet. ... Die hierarchischen Wertbegriffe, die von der kapitalistischen Gesellschaft festgelegt wurden, beziehen sich auf alle Gebiete des sozialen Lebens, wie auch auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, Lehrenden und Lernenden, den aktiv Tätigen und den Rentnern, usw.“ (Quinze thèses, S. 10).

„Mit den Vorurteilen wird es ein Ende haben: man schaffe die Grenzen und Rangordnungen zwischen physischen, spielerischen und sportlichen Tätigkeiten ... und den anderen **sogenannten ‚intellektuellen‘** ab“ (Projet, S. 302).

8. „Auf den ersten Blick scheinen die Gesellschaften des Ostens für sich einige dem ‚traditionellen sozialistischen Profil‘ ähnliche Wesenszüge beanspruchen zu können ... :

- legale Übernahme aller wichtigen Produktionsmittel durch die Allgemeinheit;

- geplante Wirtschaft; ...

Es gibt aber etliche Kennzeichen dafür, daß die östlichen Gesellschaftsordnungen nichts mit dem Sozialismus zu tun haben.

Diese Gesellschaften sind auch weiterhin sehr ungleich. ... Die soziale Arbeitsteilung hat Formen angenommen, die nicht grundsätzlich verschieden sind von denen, die in den kapitalistischen Ländern existieren. ...

Im Namen des Proletariats üben die Regierenden eine Diktatur aus ... über das Proletariat. ... Der Staat ist nicht nur nicht verschwunden, sondern hat sich zu einer äußerst zuverlässigen Maschinerie sozialer und polizeilicher Kontrolle entwickelt. ...

Deshalb können wir die östlichen Gesellschaftssysteme, trotz der dort als sozialistisch ausgegebenen Werte (und das ist, nebenbei bemerkt, sehr wichtig) nicht als ‚sozialistische‘ Gesellschaften anerkennen.

Die Existenz unterschiedlicher sozialer Gruppen und die Beibehaltung eines Zwang ausübenden Staatsapparates ... sind unmittelbare Folgen der Produktionsverhältnisse selbst“ (Projet, S. 67-68 u. 71).

9. „Man könnte sagen: Sie sprechen von Selbstverwaltung, erklären aber nicht, wie das funktioniert; sie erklären es als ein theoretisches Ziel, einen visionären Pfad zu einem undefinierten irdischen Paradies. Das ist wahr. Aber das hat einen Grund. Wir wollen keine neue Utopie entwerfen, die auf dem Papier so vollkommen ist, wie sie unmöglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Selbstverwaltung ist eine andauernde, nie abgeschlossene Arbeit. ... Wenn wir dies sagen, bleiben wir der marxistischen Idee treu: Marx selbst hat nie behauptet, daß mit dem Ende des Kapitalismus unmittelbar ein für alle Ewigkeit perfektes Regime an seinen Platz treten würde“ (Pierre Mauroy, *Héritiers de l'Avenir*, Stock, Paris, 1977, S. 278-279).

„Die Autoritätskrise ist eine der wichtigsten Erscheinungen der Krise, in der sich der Kapitalismus befindet. Der Mai 1968 war dafür in Frankreich die beste Probe: **der Lehrer, der Arbeitgeber, der Vater, der Gatte, der Vorgesetzte, groß und klein**, aus Tradition oder als Zukunftsbild, **sie alle sind jetzt Feind**. Alle Macht wird mehr und mehr als Manipulation zurückgewiesen. ... **Wer auch nur ein kleines bißchen Autorität inne hat, wird deshalb schon angefochten**, wenn nicht gleich in Mißkredit gebracht.

„In den Augen der sozialistischen Partei ist die Existenz dieser Krise positiv zu bewerten ... vorausgesetzt, daß sie bis zu ihrem Ende kommt: d. h., bis zum Beginn einer neuen Demokratie“ (Projet, S. 123-124).

„Eines ist sicher: es gibt keine Umkehr. **Die traditionellen Autoritätsformen werden nie wiederkehren.** Und das gilt vor allem für die Familie: die Revolution der Empfängnisverhütung z.B. hat neue Bedingungen für ein Gleichgewicht zwischen den Ehegatten geschaffen“ (Projet, S. 125).

10. „Das sozialistische Programm ist ein umfassendes und radikales Programm zur Reorganisation der Gesellschaft, wenn es auch nur Schritt für Schritt durchgeführt werden kann“ (Projet, S. 121).

„Gleich auf welchem Gebiet, die Haltung in Sachen Selbstverwaltung hat keinen Sinn, solange sie nicht umfassende Bedeutung erhält“ (Projet, S. 234).

„Das sozialistische Programm hat grundsätzlichen kulturellen Charakter. Zwei Voraussetzungen müssen berücksichtigt werden. ... a) Kultur ist umfassend: Sie ... bezieht sich auf alle Bereiche menschlicher Tätigkeit“ (Projet, S. 280).

11. „Laßt uns also gleich erklären, daß wir uns als Erben in rechtmäßiger Nachfolge der politischen Demokratie betrachten, die zu Zeiten Ludwigs XVI. durch die Magistraten eingeleitet wurde“ (Projet, S. 15).

„Die Möglichkeit der Selbstverwaltung gibt dem Kampf der Arbeiter um die Kontrolle ihrer eigenen Arbeit einen tiefen Sinn...: manchmal handelt es sich um verwirrte Kämpfe, die sich nach dem Mai 1968 vermehrt haben, sie sind aber der Ausdruck einer langen Tradition und sowohl einer moralischen wie auch einer materiellen Forderung, die noch unlängst in der Kommune Wirklichkeit geworden war. In sie mündet schließlich diese typisch französische Tradition der vermehrten Verantwortlichkeit der Bürger, einer Verantwortlichkeit, deren Träger schon die Revolutionäre von 1789-1793 und von 1848 waren. Der Entwurf einer Selbstverwaltung, wie sie von der SPF verstanden wird, ist untrennbar verbunden mit der völligen Entfaltung der individuellen und kollektiven Freiheiten“ („Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 43).

„Durch all diese Unternehmungen wird Frankreich seine alte Tradition wieder aufnehmen, die größtenteils für sein Prestige in der Welt verantwortlich ist. Die Ausstrahlungskraft Frankreichs ist untrennbar verbunden mit seiner Kultur und seiner Vergangenheit. **Im Ausland ist Frankreich vor allem das Frankreich der Revolution von 1789, ein Land der Kühnheit.** ... Wir wollen deshalb, daß unser Land seine alte Tradition erneuert und die Werte der Menschenrechte und der Brüderlichkeit wieder hochhält und verbreitet. ...“ (Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 9.7.81. S. 55).

12. Die traditionelle französische Rechte, die wir hier nicht in die allgemeinen Bemerkungen über die Rechte eingeschlossen haben, geht in der Zurückweisung der Trilogie noch viel weiter.

13. „Die Sozialisten übernehmen weder die willkürlichen Lösungsversuche der Linken, noch die Politik der kleinen Schritte der Reformisten, noch den Mythos der Sammelbewegung der Populisten. Der Linksextremismus ist die besondere Form von Voluntarismus, die als Maximalismus bezeichnet wird und sich dadurch kennzeichnet, daß sie gleich mehrere Stufen der Leiter auf einmal nehmen möchte, um so direkt das maximal Mögliche zu erreichen. Der Maximalismus verachtet Übergangsmaßnahmen und lehnt sie ab, denn sofort beim ersten Anlauf will er in den vollendeten Sozialismus hineinspringen. Er verwechselt das Endziel mit Zwischenreformen“ („Documentation Socialiste“, Nr. 5, S. 32-33).

„Ichweigere mich, auf die Debatte zwischen Reform und Revolution einzugehen. Eine solche Debatte ist doch rein äußerlich. **Man ist ein Reformist, wenn man vorübergehende Verbesserungen der Situation akzeptiert,** in der sich die Arbeiter befinden, und **man ist ein Revolutionär, wenn man grundsätzliche Änderungen in der Gesellschaft für unumgänglich hält.** Die Gewerkschaften und die großen französischen Arbeiterparteien haben dies immer zugegeben und haben daraus die Richtlinie für ihre tägliche Politik gemacht. Sie lassen sich nicht auf das unverantwortliche Spiel des ‚alles oder nichts‘ ein“ (Pierre Mauroy, Héritiers de l’Avenir, Stock, Paris, 1977, S. 274).

„Tatsächlich bedeutet der Mai 1968..., daß die Umwandlung der Gesellschaft ein Programm erfordert, das die Ausführung des Machbaren zum Inhalt hat. **Die Gesellschaft verändern ... heißt, die Illusion einer Revolution zurückzuweisen, die eine augenblickliche Umwälzung will.** Es gibt keine plötzlichen Umwälzungen, genauso wenig wie schnelle und endgültige Lösungen. Man muß auf lange Sicht arbeiten und dabei eine Linie einhalten, die ich als ‚harten Reformismus‘ bezeichnen würde.

Die Revolution ist für uns eine schrittweise Veränderung der Strukturen des bestehenden Systems“ (ebd. S. 295-296).

14. „Der Begriff der Selbstverwaltung ... liegt im Knotenpunkt des wissenschaftlichen und des utopischen Sozialismus (für diesen letzteren hatten Marx und Engels viel Respekt übrig, wenn sie ihn auch kritisierten)“ („Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 42).

„Heutzutage... wird es immer schwieriger den Sozialismus nach einem zentralistischen Modell aufzubauen. Er muß sich andere Ziele setzen. Das Projekt der Selbstverwaltung bedeutet, angefangen mit dem Kollektiveigentum der wichtigsten Produktionsmittel und der Planwirtschaft, eine Umkehrung jener Logik, die bis heute die Entwicklung der Industriegesellschaft ausgezeichnet hat“ (Quinze thèses S. 6).

„Der Selbstverwaltungsentwurf gibt dem Begriff des sozialen Nutzens eine neue Bedeutung. Indem er mit einer extrem ‚wirtschaftlichen‘ Sicht des Sozialismus bricht, beschränkt er sich nicht nur auf den Produktionsbereich. Er stürzt sich auf die ungeheuren sozial-kulturellen Probleme. ... Der Selbstverwaltungsentwurf verbindet sein Ziel der Gleichmachung ... mit der Einschaltung demokratischer Vorgehensweisen, die es erlauben, ... die soziale Arbeitsteilung in Frage zu stellen“ (Quinze thèses, S. 11).

15. „Die (derzeitige) französische Demokratie ist weitgehend manipuliert. Sie ist auch sorgfältig beschränkt. Vor den Toren der Unternehmen macht sie halt“ (Projet, S. 231).

„Wir sind entschlossen, einen entscheidenden Fortschritt der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie herbeizuführen. Wie sie Bürger ihrer Gemeinden sind, sollen die Franzosen es auch an ihren Arbeitsplätzen sein. Die Arbeitgeber dürfen diese wünschenswerte und notwendige Entwicklung weder fürchten, noch sich ihr widersetzen“ (Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 9.7.81, S. 49).

„In unseren westlichen Gesellschaften wird die Demokratie überall nahezu geduldet. Ausgenommen im Unternehmen. Die Arbeitgeber, seien es nun eigenständige Unternehmer oder hohe Regierungsangestellte, behalten die Hauptgewalt in Händen. Zum Nachteil aller. ... Das Unternehmen ist eine Monarchie, die sich wie eine Pyramide aufbaut. **Auf jeder Stufe ist der Vertreter der Rangordnung allmächtig; seine Entscheidungen sind unanfechtbar.** Der Arbeitnehmer am unteren Ende wird zum ohnmächtigen Menschen, der kein Recht hat, sich zu äußern oder eine eigene Initiative zu ergreifen“ (Pierre Mauroy, Héritiers de l’Avenir, Stock, Paris, 1977, S. 276).

16. „Wirtschaftliche und politische Demokratie lassen sich nicht trennen; ihre gemeinsame Entwicklung hat zur Folge, daß jeder Arbeiter und jeder Bürger auf allen Abstufungen die Möglichkeit und die Mittel besitzt, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, die Mittel auszuwählen, die Ausführung und die Ergebnisse zu kontrollieren“ (Programme commun – Propositions pour l’actualisation, p. 50).

„Wirtschaftliche und soziale Demokratie bilden ein Ganzes mit der politischen Demokratie“ („Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 145).

„Die Sozialisten wollen, daß die Franzosen von dieser Bevormundung befreit werden. Die Dezentralisation wird zum Kern des Regierungsexperiments der Linken, die während der ersten drei Monate nach der Machtübernahme die bedeutendste Reform in dieser unsicheren Zeit ausführen wird, indem sie den Bürgern ihre Macht zurückerstattet. Die Republik wird dann endlich von der Monarchie befreit“ (Pierre Mauroy, Héritiers de l’Avenir, Stock, Paris, 1977, S. 295).

17. „Damit der Mensch von seiner Entfremdung befreit werde, die der Kapitalismus ihm aufgedrängt hat, und damit er endlich aufhöre; nur Objekt zu sein ... ist es notwendig, daß er die Verantwortung aller Ränge in den Unternehmen, in den Universitäten und in Arbeitsgemeinschaften übernehme“ (Parteistatuten, Prinzipienklärung, Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 48).

„Eine globale und dezentralisierte Strategie der Kultur- und Erziehungstätigkeit ... ist ein entscheidender Teil unseres Kampfes um die Selbstverwaltung. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Voraussetzungen, um eine Geisteswandlung herbeizuführen. ... Die Selbstverwaltung wird eine Änderung der derzeitigen Auffassungen von Familie und der Rolle der Frau mit sich bringen“ (Quinze thèses, S. 21).

18. Diese negative psychologische Auswirkung gehört zum Wesen der Selbstverwaltung. Das will aber nicht heißen, daß jedes selbstverwaltete Unternehmen, einzeln betrachtet, zum Mißerfolg führen müsse. Denn es gibt gewisse Umstände psychologischer und anderer Natur, die ausnahmsweise – in einem konkreten Fall – diese Auswirkung der Selbstverwaltung auszugleichen oder zu vermindern imstande sind.

Was aber so nur hin und wieder vorkommen kann, ist nicht geeignet, als ein festes Fundament für alle Unternehmen einer Nation zu dienen.

19. „Wenn die SPF auch zur Entfaltung des persönlichen Lebens der Familie eine sehr wichtige Rolle zuerkennt, so gibt sie doch zu, daß es sicher auch **andere Formen privaten Lebens gibt (wie Zölibat, freies Zusammenleben, ledige Vater- und Mutterschaft, Kommunen)**. Sie spricht sich schließlich auch **gegen die Unterdrückung und Diskriminierung aus, unter der die Homosexuellen zu leiden haben**. Auch deren Rechte und Würde sind zu achten.

Es steht ihr nicht zu, durch Gesetze die Art und Weise zu bestimmen, nach der jeder sein Leben zu führen hat“ (Projet, S. 151-152).

Die radikale Gleichwertigkeit zwischen der Ehe und anderen Arten von Geschlechtsbeziehungen wird von der derzeitigen sozialistischen Regierung auf zwar implizite aber dennoch schockierende Weise behauptet. Noch vor Beginn der Legislaturperiode hat sie damit begonnen, die Versprechungen zu erfüllen, die sie während der Wahlkampagne homosexuellen Gruppierungen gegenüber machte und von denen sie auch die entsprechende Unterstützung erhielt:

a) Das Gesundheitsministerium entschied, daß Frankreich nicht mehr die von der Weltgesundheitsorganisation angenommene Klassifizierung benutzen würde, die die Homosexualität als Geisteskrankheit betrachtet (vgl. „*Le Monde*“, 28/ 29.6.81).

b) Auf Ersuchen der Homosexuellen gab das Innenministerium Befehl die sogenannten „Gruppen zur Unterdrückung“ der Homosexuellen (eine Abteilung der Polizei in Paris, die für die Kontrolle der homosexuellen Etablissements verantwortlich ist, besonders damit die Schließzeit beachtet wird) aufzulösen und die Akten über Homosexuelle (deren Existenz die Polizei absolut verneint) zu vernichten (vgl. „*Le Monde*“, 28/29.6.81).

20. „Die mangelhafte Verbreitung von Empfängnisverhütungsmitteln, die einschränkenden Bedingungen zum freiwilligen Schwangerschaftsabbruch und die schlechte Anwendung des (Simone)Veil-Gesetzes (über die Abtreibung) führen dazu, daß die große Mehrzahl der Frauen weder über ihre eigene Sexualität noch über ihre Mutterschaft bestimmen können. ... Die Situation zu beenden heißt **Sexualerziehung in der Schule einzuführen und freien Zugang zu den Verhütungsmitteln, wie auch deren Kostenlosigkeit**“ (Projet, S. 247).

21. Der „Projet“ behauptet, unter Berufung auf eine Rede Mitterrands in Marseille, im Mai 1979: „Man kann nicht ... Sozialist sein ohne auch Feminist zu sein“ (S. 45).

Der Feminismus des „Projet“ widersetzt sich aber der Anerkennung und Verherrlichung der weiblichen Eigenschaften als solche. Denn in ihnen erkennt er „unter dem Deckmantel modernistischer und angeblich liberaler Redewendungen den alten Begriff der ‚Weiblichkeit‘, der auf den vorzüglich weiblichen Eigenschaften besteht, wie der Kraft des Instinkts, des Reichtums ihrer inneren Welt. ... Kurz gesagt, man findet hier wieder die Idee einer weiblichen Natur, die sich von der des Mannes abhebt und die von jeher dafür herhalten mußte, als Rechtfertigung für das Zurseiteschieben der Frauen und ihre Beherrschung zu dienen“ (S. 50-51). Gerade dieser doch so natürliche Unterschied zwischen Mann und Frau wird von der SPF bestritten...

Und deswegen, sagt die SPF, „soll die Schule beide Geschlechter anspornen, den selben Ehrgeiz in bezug auf Studium und Berufskarriere zu entwickeln. Der Unterricht ist tatsächlich so zu vermischen, daß keine praktischen Ausbildungsabteilungen mehr zu finden sind, wo die Mädchen allein dazu verwiesen werden, Näh- oder Sekretariatskurse zu besuchen, während die Jungen in den technischen Industrie- und Handelskursen in der Mehrzahl sind. Das Ziel muß darin bestehen, daß alle Möglichkeiten gleichmäßig verteilt seien“ (Projet, S. 249).

Der „Projet“ behauptet schließlich, daß die Aufteilung der Haushaltsarbeiten „sehr früh beginnen sollte, damit die Kinder sie sehr früh verstehen und an ihr teilnehmen. Es ist notwendig, daß diese einmal im Jugendalter erreichte Teilnahme nachher im Erwachsenenalter für die Jungen nicht abnehme und nicht zu-nehme für die Mädchen. So wird sich diese Teilnahme ganz natürlich auch während des Alters erhalten“ (Projet, S. 307).

22. „Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit.

Die Schaffung eines Freizeitministeriums entspricht einem großen Verlangen: aus der Freizeit eine Zeit zum Leben zu machen, eine befreite Zeit. Die Freizeitgesellschaft soll eine Kultargesellschaft werden ...

Die kulturelle Entfaltung hat eine der Aufgaben der lokalen Gemeinwesen zu sein“ (Pierre Mauroy, Debatten über die Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 10.7.81, S. 82-83).

*„Die augenblickliche Trennung zwischen Arbeit und Freizeit muß selbst in Frage gestellt werden. ... Das sozialistische Unternehmen wird sich so in Richtung auf **mehr und mehr gemeinschaftliche Lebensformen** in ihr selbst ... wie auch in ihrer Umgebung entwickeln (soziale Dienstleistungen, Erholung, Kultur, Bildung usw.) (Projet, S. 158).*

„Es lassen sich zum Beispiel Möglichkeiten der gemeinsamen Benutzung von Haushaltsgeräten oder gewisse Freizeitartikel ausmachen. ... Systematisch werden wir uns auch darum bemühen, im Rahmen des Stadtlebens Veränderungen und Verbesserungen zu schaffen, damit mehr Gemeinsinn herrscht und die kollektiven Wohnbedingungen besser werden. Eine besondere Anstrengung werden wir auch unternehmen, um diese letzteren so anziehend wie möglich zu machen ... ähnlich wie die privaten Wohnungen, die viel Raum und Energie vergeuden“ (Projet, S. 177).

„Die Bildung von Vereinigungen wird als Hauptgrundlage der neuen Bürgerschaft gelten, vor allem um der Freizeit einen höheren Wert einzuräumen ... Es wird vor allem unsere Aufgabe sein, die sozialen Absonderungen auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung abzuschaffen. Wir werden dafür ... soziale Formen der Erholung und des Tourismus schaffen“ (Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 9.7.81, S. 51).

„Anders leben heißt also.

*- Zuerst **ernsthaft den Inhalt der Arbeit ändern, sodaß schließlich der Unterschied zwischen Arbeit und Erholung nicht mehr die selbe Bedeutung hat wie heute.** So es aber wahr ist, daß dieses Ziel zuerst und vor allem nur durch Veränderung der Arbeitsbedingungen erreicht werden kann, müssen die Sozialisten gleichzeitig auch einen Plan zu einer Veränderung der Freizeitgestaltung vortragen; ...*

Es ist jedoch notwendig, näher die anderen Begriffe von Freizeit zu betrachten:

– Freizeit nach dem Arbeitstag, in der Nähe der eigenen Wohnung oder selbst zu Hause, wodurch fortschreitende neue Lebensrhythmen und ein Wechsel im Tagesablauf herbeigeführt werden. Dieses wird zum Beispiel die Entwicklung von leichten gemeinsamen Ausrüstungen verschiedenster Benutzung notwendig machen. Diese Art von Entspannung ist eines der Mittel, ein kulturinteressiertes und einsatzfreudiges Familienleben zu führen;

– Freizeit am Wochenende ...

– Freizeit im Ruhestand ...

*Zweifellos **wird der Inhalt der Freizeit tiefen Veränderungen** durch die anderweitig gemachten Vorschläge unterworfen sein: Schule, Fortsetzung der Ausbildung, Familie, Dezentralisierung, Vereinsleben, Sport, Information, Gesundheitswesen und Konsum. Diese werden es in zunehmendem Maße ermöglichen, **aus der Freizeit eine selbstverwaltete Zeit zu machen.** Auf jeden Fall muß es im sozialistischen Programm Platz geben für eine Freizeit, als etwas Zwangloses, das jedem die Möglichkeit eröffnet, sich zu entfalten, sowohl durch eigene Anstrengung als durch Teilnahme an gemeinsamen Tätigkeiten“ (Projet, S. 307-309).*

„... ein globales Verständnis sozialen Lebens, in welchem die Erziehung die Arbeitszeit und die Freizeit nicht mehr als Einzelemente der individuellen oder kollektiven Existenz angesehen werden, sondern vielmehr als Teile eines kohärenten Ganzen“ (Projet, S. 289). Es ist natürlich nicht die „Kohärenz“ des armen „selbstverwalteten“ Arbeiters, sondern der SPF.

Dies ist das „Paradies“ der Freiheit und der Demokratie des sozialistischen Regimes der Selbstverwaltung.

23. „Der Lebensrahmen gehört zu den neuen Begriffen, die während der 60er Jahre aufkamen und dann im Mai 1968 ausbrachen. ... Dieser weite Begriff, der so vieles einschließt, von Umgebung zu Transportwesen über Stadtplanung und Architektur bis hin zur vergessenen Freizeitgestaltung, wurde bisher nie in seiner ganzen Umfassung erklärt. ...

Der ‚Lebensrahmen‘ kann nicht isoliert betrachtet werden, getrennt von den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Welchen Rahmen für welches Leben? Man erkennt sofort, daß die Antwort politisch

und umfassend sein muß: durch die Veränderung des Lebens, insbesondere am Arbeitsplatz, verändert man den Lebensrahmen“ (François Mitterrand, Vorwort zum Buch von Jean Glavany und Philippe Martin, *Changer le cadre de vie*, Club Socialiste du Livre, Paris, 1981, S. VII).

„Es ist notwendig, eine der unzulässigsten Absonderungen zu beenden: Die Städte ... werden immer mehr zu Städten der Reichen, während die Vororte zu Vororten der Armen werden. Es ist notwendig, daß die Stadt auf vorbildliche Weise der Ort sei wo verschiedene soziale Schichten Seite an Seite leben“ (Pierre Mauroy, *Debats sur la Déclaration de politique générale*, „Journal Officiel“, 10.7.81, S. 81).

„Die Franzosen wieder zu Herren ihres täglichen Lebens zu machen, bedeutet auch, sie zu Teilhabern am Aufbau und an der Verwaltung ihres Lebensrahmens zu machen. ... Die örtlichen Gemeinschaften werden den Immobilienmarkt kontrollieren, was die Spekulationen einstellen wird und sie werden in der Lage sein, freiwillige Stadtplanung vorzunehmen. ... Wir werden den Einwohnern die volle Verfügbarkeit über ihren Lebensrahmen wiedergeben. ... Umwelt und Lebensraum werden zum gelobten Land des neuen Bürgertums“ (Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 9.7.81, S. 5i).

24. „Die Regierung wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit **der Zugang aller Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren zum Kindergarten** möglich wird. ...

Die Regierung wird versuchen, **Kleinkinderheime** zu organisieren, die die Kinder von Geburt an bis zum Alter von sechs Jahren aufnehmen“ (Programme commun – Propositions pour l'actualisation, S. 30).

„**Kleinkinderheime** ... werden eine Hauptstellung im Anfangsstadium einnehmen. Das ist die Stufe, auf der der Kampf gegen soziale Ungleichheit und Absonderung beginnt“ (Projet, S. 287).

„**Der Kampf um Gleichheit beginnt im Säuglingsheim**“ (Projet, S. 311).

„Aber wie kann man das heute betäubte demokratische Empfinden wieder aufwecken? Vor allem durch die Schule, die als der eigentliche Ort zum Lernen der Selbstverwaltung angesehen werden kann“ (Projet, S. 132).

25. „Eine geteilte Verwaltung (Eltern, Kinder, Angestellte und öffentliche Gemeinwesen) soll Initiativen freigeben und nach freier Diskussion erlauben, daß die Ziele und die Verantwortung, die jedem Einzelnen erwachsen, gemeinsam bestimmt und bewertet werden. ... Verantwortungsgeist verlangt ... die Abschaffung der Vorkontrolle von oben“ (Projet, S. 286).

„Die Grundfreiheiten in Schulen und Universitäten sowie in der Armee gehören ebenfalls zu den Forderungen des sozialistischen Entwurfs: Rede- und Versammlungsfreiheit in Schulen, Gymnasien und Hochschulen; von Studenten und Schülern direkt geteilte Sozialerziehungsheime; **effektive Teilnahme der Schüler am Leben und an der Leitung ihrer Schule**; Recht der Klassensprecher, an jeder Klassenratssitzung teilzunehmen und auch das Recht der Schüler, diesen Sitzungen beizuwohnen; das Recht der Schüler, an der Verwaltung ihres Gymnasiums oder ihrer Hochschule teilzuhaben; ... **Kontrolle der Universitätsverwaltung und der Programminhalte durch die Studenten** ...; Einführung eines regelrechten Studentenstatuts“ (Projet, S. 314).

„Wir werden eine tiefgreifende Umwälzung unseres Erziehungssystems vornehmen. Alle müssen daran teilnehmen: Elternschaft, gewählte Schülervereine, Vereine, Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und die Lehrkräfte vor allem. ...

Die Vereinheitlichung des öffentlichen Ausbildungswesens wird als Ergebnis von Abkommen und Verhandlungen herbeizuführen sein“ (Déclaration de politique générale, „Journal Officiel“, 9.7.81, S. 51).

26. „Der sozialistische Entwurf erkennt dem Kind seinen vollwertigen Platz in der Gesellschaft zu: Gleichheit, Freiheit und Verantwortlichkeit sind nicht Vorrechte der Erwachsenen allein. Das Recht auf Redefreiheit, auf schöpferische Betätigung und auf freie Entscheidung muß von der Schulzeit an anerkannt werden“ (Projet, S. 311).

„Die Jugend hat auch ihren entsprechenden Platz: sie steht (in der jetzigen Gesellschaft) unter Bevormundung. ... Zu welcher sozialen Klasse sie auch gehören, die Jugendlichen verfügen über keine wirkliche Verantwortung und können kaum über ihre eigene Lebensführung entscheiden. Es besteht ein beachtlicher Abstand zwischen ihren Fähigkeiten und dem, was sie in der Gesellschaft tun dürfen“ (Projet, S. 311 und 312).

„Nichts ist also heute wichtiger, als der Jugend das Recht zuzuerkennen, sie selbst zu sein.

Innerhalb der Familie umfaßt das Recht der Jugendlichen, sie selbst zu sein: die Möglichkeit auf Berufung gegenüber einer sie betreffenden Entscheidung (Schul oder Berufsberatung, Lebensweise...); die Demokratisierung und Entwicklung von Jugendheimen für junge Leute, **die mit ihrer Familie in Konflikt gekommen sind**; ... Erleichterungen für junge Leute, selbst eine Appartement-Wohnung zu mieten...; das freie Recht auf Verhütungsmittel und die Abschaffung der elterlichen Zustimmung zum freiwilligen Schwangerschaftsunterbrechung für Minderjährige, eine bedeutende Entwicklung der Sexualkunde in den Schulen und die **Überprüfung einer systematisch repressiven Haltung gegenüber der Sexualität Minderjähriger**“ (Projet, S. 313-314).

27. „... der großzügige und vorwärtsgerichtete Entwurf der Sozialisten für ein großes, einheitliches, laizistisches und demokratisch verwaltetes öffentliches Schulwesen“ (Projet, S. 284).

„Die Regierung wird die Errichtung dieses einzigen Lehrkörpers in allen Fächern, für die gesamte Schulzeit, vom Säuglingsheim über die Grundschule und die Sekundarstufe bis zur Ober- und Berufsschule, als Ziel erklären“ (Programme commun – Propositions pour l’actualisation, S. 35).

„Alle Eltern können ihren Kindern religiöse oder philosophische Bildung außerhalb der Schule und ohne Unterstützung durch öffentliche Gelder zukommen lassen“ (Programme commun – Propositions pour l’actualisation, S. 32).

28. „Alle Bereiche der Grundschulausbildung und ein wichtiger Teil der Dauerausbildung werden in einem nationalen, laizistischen, öffentlichen Dienst zusammengefaßt, der nur vom Erziehungsministerium abhängt.

Über die Einführung des öffentlichen Erziehungsdienstes wird schon von der ersten Legislaturperiode an verhandelt werden. ... Als allgemeine Regel gilt, daß Privatschulen, die öffentliche Gelder erhalten, gleich ob sie nun Stiftungen oder auf Profit ausgerichtet oder religiösen Charakters sind, verstaatlicht werden. ... Notwendige Ortsverlegungen werden jede Art von Ausbeutung ausschließen.

Der Zustand der Gebäude oder des Lehrkörpers privater Schulen, die keine öffentlichen Geldmittel empfangen, können auf Antrag geprüft werden, ob sie eventuell eingegliedert werden könnten“ (Programme commun – Propositions pour l’actualisation, S. 31-32).

29. In Übereinstimmung mit der traditionellen Lehre der Kirche geht das Recht auf Eigentum und Privatbesitz aus der von Gott geschaffenen natürlichen Ordnung der Dinge hervor. Tiere, Pflanzen und Mineralien sind für den Gebrauch der Menschen bestimmt. Diese – und auch jeder von ihnen – hat also das Recht, kraft seiner eigenen menschlichen Beschaffenheit jene Güter seiner Herrschaft zu unterwerfen. Das ist eine Aneignung. Und diese hat etwas Ausschließliches an sich, denn das angeeignete Gut kann nicht von anderen benutzt werden, außer dem Eigentümer. Darüber sagt Pius XI. in der Enzyklika *Quadragesimo Anno*, vom 15. Mai 1931: „Ursprünglicher Eigentumserwerb vollzieht sich - das ist die einhellige Überlieferung aller Zeiten wie auch die Lehre Unseres Vorgängers Leo XIII. - durch Besitzergreifung herrenlosen Gutes und durch Bearbeitung. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz geschieht niemand ein Unrecht durch die Besitzergreifung einer dem Zugriff sich darbietenden, herrenlosen Sache; was sodann die Arbeit betrifft, so besitzt natürlich nur diejenige, die der Mensch im eigenen Namen ausübt und soweit sie eine Umgestaltung oder Wertsteigerung an ihrem Gegenstande hervorbringt, eigentumschaffende Kraft“ (Acta Apostolicae Sedis, Typis Polyglottis Vaticanis, Rom, 1931, Bd. XXIII, S. 194).

Das Eigentum entspringt auch der Arbeit. Von Natur aus Herr seiner selbst, ist der Mensch auch Herr seiner Arbeit. Demzufolge hat er auch das Recht, für die geleistete Arbeit eine Bezahlung zu verlangen. Und so gehört ihm, was er sich persönlich mit dem Ertrag seiner Arbeit erwirbt. Dies ist die Lehre Leo XIII. in der Enzyklika *Rerum Novarum*, vom 15. Mai 1891: „Vor allem liegt nämlich klar auf der Hand, daß die Absicht, welche den Arbeiter bei der Übernahme seiner Mühe leitet, keine andere als die ist, daß er mit dem Lohn zu irgendeinem persönlichen Eigentum gelange. Indem er Kräfte und Fleiß einem andern leiht, will er für seinen eigenen Bedarf das Nötige erringen; er sucht also ein wahres und eigentliches Recht nicht bloß auf die Zahlung, sondern auch auf freie Verwendung derselben. Gesetzt, er habe durch Einschränkung Ersparnisse gemacht und sie der Sicherheit halber zum Ankauf eines Grundstücks verwendet, so ist das Grundstück eben der ihm gehörige Arbeitslohn, nur in anderer Form; es bleibt in seiner Gewalt und Verfügung nicht minder als der erworbene Lohn. Aber gerade hierin besteht offenbar das Eigentumsrecht an beweglichem wie unbeweglichem Besitze. Wenn also die Sozialisten dahin streben, den Sonderbesitz in Gemeingut umzuwandeln, so ist

klar, wie sie dadurch die Lage der arbeitenden Klassen nur ungünstiger machen. Sie entziehen denselben ja mit dem Eigentumsrechte die Vollmacht, ihren erworbenen Lohn nach Gutdünken anzulegen, sie rauben ihnen eben dadurch Aussicht und Fähigkeit, ihr kleines Vermögen zu vergrößern und sich durch Fleiß zu einer besseren Stellung emporzubringen.“ (*Acta Sanctae Sedis*, Typographia Polyglotta S.C. de Propaganda Fide, Rom, 1890- 1891, Bd. XXIII, S. 642).

Schließlich kann Eigentum auch durch Vererbung erworben werden. Die Kinder, natürliche Nachfolger ihrer Eltern, erben natürlich deren Güter. Über diesen familiären Charakter des Eigentums erklärt Leo XIII. in der Enzyklika *Rerum Novarum*. „Wenn nun jedem Menschen, wie gezeigt, als Einzelwesen die Natur das Recht, Eigentum zu besitzen, verliehen hat, so muß sich dieses Recht auch im Menschen, insofern er Haupt einer Familie ist, finden; ja das Recht besitzt im Familienhaupte noch mehr Energie, weil der Mensch sich im häuslichen Kreise gleichsam ausdehnt. Ein dringendes Gesetz der Natur verlangt, daß der Familienvater den Kindern den Lebensunterhalt und alles Nötige verschaffe, und die Natur leitet ihn an, auch für die Zukunft die Kinder zu versorgen, sie gegenüber den irdischen Wechselfällen instand zu setzen, sich selbst vor Elend zu schützen; er ist es ja, der in den Kindern fortlebt und sich gleichsam in ihnen wiederholt. Wie soll er aber jenen Pflichten gegen die Kinder nachkommen können, wenn er ihnen nicht einen Besitz, welcher fruchtet, als Erbe hinterlassen darf?“ (*Acta Sanctae Sedis*, Bd. XXIII, S. 646).

Das Eigentum hat wie jedes Recht eine soziale Funktion, beschränkt sich jedoch nicht auf diese soziale Funktion. Das lehrt Pius XII. in seiner Radioansprache vom 14. September 1952 an den *Katholikentag* in Wien: „Deshalb setzt die katholische Soziallehre sich neben anderem so bewußt ein für das Recht des Einzelmenschen auf Eigentum. Hier liegen auch die tieferen Gründe, weshalb die Päpste der sozialen Enzykliken und Wir selbst es verneint haben, aus der Natur des Arbeitsvertrages das Miteigentumsrecht des Arbeiters am Betriebskapital und daraus folgend sein Mitbestimmungsrecht, sei es direkt, sei es indirekt, abzuleiten. Es mußte verneint werden, weil dahinter sich jenes größere Problem auf tut. Das Recht des Einzelnen und der Familie auf Eigentum ist ein unmittelbarer Ausfluß des Personseins, ein Recht der persönlichen Würde, freilich ein mit sozialen Verpflichtungen behaftetes Recht; es ist aber nicht lediglich eine soziale Funktion“ (*Discorsi e Radiomessaggi di Sua Santità Pio XII*, Bd. XIV, S. 314).

Von diesem Standpunkt aus gesehen unterscheidet sich öffentliches Eigentum von Privateigentum.

Das erstere besteht normalerweise aus Gütern über die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgabe verfügt. Ohne seine spezifische Funktion zu überschreiten, kann der Staat auch Güter zum allgemeinen Vorteil besitzen und verwalten. Wenn er zum Beispiel den Abbau von Bodenschätzen übernimmt, um mit dem Erlös daraus die Steuern herabsetzen zu können, die der Bürger zu zahlen hat. Das darf er aber nur in beschränktem Maße und unter besonderen Umständen tun. Oder aber wenn der Reichtum eines Einzelnen so groß wäre, daß er die Möglichkeit bekäme, den Staat selbst zu beherrschen.

Alle anderen Güter sind Privatbesitz und nicht öffentliches Eigentum. Der Privatbesitzer aber kann ein einzelner Eigentümer sein oder eine Gruppe oder Zusammenschluß von Einzeleigentümern.

Natürlich sind diese Lehre und diese Begriffe, die ausdrücklich oder indirekt im gemeinen Sprachgebrauch üblich sind, nicht so im „Projekt“ anzutreffen.

Der „Projekt“ bestätigt das von Gott gegebene natürliche Recht des Einzelmenschen auf Eigentum nicht. Er hebt das *Kollektiveigentum* von Sozialgruppen hervor und verwandelt jede dieser Gruppen in einen totalitären Ministaat. Privat nennt er das selbstverwaltete Eigentum, obwohl es vom Staat geschaffen – und großenteils sogar erzwungen – und sogar von ihm unbeschränkt geregelt wird.

* * *

Die Redaktion der vorliegenden Botschaft näherte sich ihrem Ende, als Mitte September die Enzyklika *Laborem Exercens* von Johannes Paul II. veröffentlicht wurde. Im ganzen Westen wurde sie von den großen Medien mit umfassender und bevorzugter Berichterstattung aufgenommen.

Die Enzyklika enthält ohne Zweifel neue Lehren, die aber nicht alle bis zur äußersten doktrinären und praktischen Konsequenz dargestellt sind.

Diese Umstände trugen dazu bei, daß die dem Dokument gegebene Publizität des öfteren den Eindruck verbreitete, daß es, gemäß Johannes Paul II.:

a) Kein Gesetz des Naturrechts ist, daß das Privateigentum (das nicht-staatliche Eigentum also) normalerweise persönlich sei;

b) prinzipiell berechtigt und sogar vorzuziehen ist (besonders unter den modernen Umständen des wirtschaftlichen Lebens), daß das Eigentumsrecht normalerweise von Personengruppen anstatt von individuellen Eigentümern ausgeübt werden soll, um so besser seine soziale Funktion zu erfüllen. Dies wäre die „Sozialisierung“ (die Vergesellschaftung) des Privateigentums.

Bei dieser Auslegung des Dokuments von Johannes Paul II., sollte man folgende Schlüsse ziehen:

a) diese „Sozialisierung“ stände im scharfen Widerspruch mit den oben erwähnten traditionellen Prinzipien des päpstlichen Lehramtes, nach denen das Privateigentum eine logische Folge der individuellen Natur des Menschen und der natürlichen Ordnung der Dinge ist;

b) das von der französischen SP verfochtene sozialistische Regime fände in der „*Laborem Exercens*“ eine wichtige Unterstützung.

Dem eifrigen Katholiken wäre es schmerzlich die Verantwortung dieser zwei Behauptungen über die Enzyklika Johannes Pauls II. auf sich zu nehmen. Denn sie hätten auf religiöser und sozialökonomischer Ebene eine unberechenbare Tragweite.

Wenn man tatsächlich solch einen Widerspruch zwischen dem letzten päpstlichen Dokument und den traditionellen Dokumenten des obersten Lehramtes der Kirche annimmt, würden sich daraus unzählige theologische, moralische und kanonische Konsequenzen entfalten.

Wie im zweiten Abschnitt dieser Botschaft zu sehen ist, bekräftigt die französische SP den logischen Zusammenhang zwischen der von ihr verkündeten Selbstverwaltungsreform des Unternehmens und der Reform der Wirtschaft im allgemeinen, der Erziehung, der Familie und des Menschen selbst. Diese vielzähligen Reformen sind für die französischen Sozialisten nicht mehr als Aspekte einer einzigen Gesamtreform.

Und sie haben Recht denn, „*Abyssus abyssum invocat*“ - „*Ein Abgrund ruft den anderen an*“ (Ps. 41, 8). Man sieht nicht die Möglichkeit, daß ein Papst die Schleusen der vom französischen Sozialismus erstrebten Selbsterhaltung öffnet und somit diese Gesamtreform – stillschweigend oder ausdrücklich – unterstützt.

30. „*Die Sozialisten befürworten das Prinzip der Sozialisierung der Produktionsmittel aller Wirtschaftszweige in denen die Sozialisierung der Produktionskräfte schon eingeführt wurde. Das bedeutet andererseits, daß kleine und mittlere Unternehmen weiterhin existieren können, jedoch unter stark veränderten Bedingungen und mit neuen Verpflichtungen*“ (Projet, S. 153-154).

31. Nach den Sozialisten ist es eines der Ziele „*der demokratischen Planung festzulegen, wie und wie weit die Verminderung der Ungleichheiten vor sich geht*“ (*Quinze thèses*, S. 15). Mit anderen Worten, die Pläne der Regierung, die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erarbeitet werden, zielen schon auf eine allmähliche Nivellierung.

32. Diese Behauptung soll nicht das Eigentum des Arbeitnehmers (oder Handwerkers z.B.) an seinem Werkzeug einschließen, ebensowenig wie die dauerhaften Güter, die er durch seinen Verdienst erworben hat. Für die eventuellen Erben des Arbeiters aber ist dieses bescheidene Vermögen von geringer oder gar keiner Bedeutung, angesichts der Beschränkungen, die der „Projet“ den Erbschaften auferlegt;

„*Die Erbschaftsfrage ... wird im gleichen Sinne behandelt. Hohe Progressivsteuern für die großen Vermögen, aber starker Steuernachlaß am unteren Ende für unmittelbare Erbübernahme in direkter Nachfolge, was die Weitergabe gefühlsbezogenen Vermögens (Familienhaus) oder landwirtschaftliche und handwerkliche Nutzung ermöglichen soll*“ (Projet, S. 154).

33. „*Es kann keine Selbstverwaltung unter einem kapitalistischen Regime geben: ein privates Unternehmen kann nicht unter Selbstverwaltung stehen*“ („*Documentation Socialiste*“, Nr. 5, S. 57).

„**Glauben Sie mir, in nicht allzu langer Frist wird das private Eigentum an Hauptbereichen der nationalen Wirtschaft unseren Nachkommen so ungewöhnlich erscheinen wie uns heute die Feudalherrschaft**“ (Erklärung des sozialistischen Abgeordneten Jean Poperen während der Debatten über die Déclaration de politique générale, „*Journal Officiel*“, 10.7.1981, S. 77).

„*Heißt das, daß wir den Privatbesitz ablehnen? Keinesfalls! Wir wissen sehr gut, daß eine Gesellschaftsordnung die andere nicht von einem Tag auf den anderen oder selbst von einer Generation auf die*

andere ablösen kann. Es dauerte Jahrhunderte, bis der Kapitalismus aus dem Schoß der Feudalherrschaft hervorkommen konnte. Selbst der Sozialismus begann seinen Vormarsch in den fortschrittlichsten kapitalistischen Ländern erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. ...

Man kann annehmen, daß die Beibehaltung von Privateigentum bestimmten Notwendigkeiten entspricht, die insbesondere psychologischer Natur sind und die auf Sicherheit aus sind.

Wir wollen aber auch zunehmend andere Verfahren entwickeln (Landverpachtung an seine Bebauern, Wertausgleich für Sparbeträge, Entwicklung des Mietwohnungswesens, Aufschwung von Familienausflügen aufs Land usw.)“ (Projet, S. 153-154)

„Die SPF stellt nicht nur das Recht auf Eigentum von dauerhaften Wertgegenständen, die durch der Hände Arbeit erworben wurden oder für die Ausübung des Berufes dienen, nicht in Frage, sondern garantiert auch den Gebrauch des Rechtes. Auf der anderen Seite schlägt sie vor, kapitalistisches Besitztum durch soziales zu ersetzen, das die verschiedensten Formen annehmen kann und auf deren Verwaltung die Arbeiter vorbereitet sein müssen“ (Parteistatuten, Prinzipienklärung „Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 48).

34. „Die Verfügungsgewalt über und die Garantie für den Boden. – Als Arbeitsmittel wird das Land gegen Grundstücksspekulation geschützt durch die Schaffung einer Politik, die die Einrichtung von Bodenämtern voraussetzt, um sicher zu stellen, daß eine bessere Verteilung und Nutzbarmachung des Bodens gewährleistet wird. Dadurch würde dieser gegen die Ausnutzung und die Erschöpfung durch zu intensiven Anbau und Mißbrauch von Methoden, die schädlich für Natur und Umwelt sind, geschützt“ (Projet, S. 208).

„Der Markt wird um diese Ämter herum organisiert. Diese werden den Bebauern des Bodens sicherstellen, daß sie ein gerechtes Einkommen auf Grund von Preisgarantien, die die Produktionskosten für eine bestimmte Menge in Betracht ziehen, erhalten werden“ (Projet, S. 206).

„Verwaltet durch Vertreter der Anbauer, der Landarbeiter und örtlicher Gruppen, werden sie (die Bodenämter) insbesondere folgende Funktionen übernehmen:

– ... sich in Mietverhandlungen einschalten. ...

– Sie werden das grundsätzliche Vorkaufsrecht auf allen Boden haben. Die hierbei erworbenen Ländereien können sie entweder weiterverkaufen oder an Bauern, denen sie nützlich sein können, vermieten“ (Pour une agriculture avec les socialistes, „Les Cahiers de Documentation Socialiste“, Nr. 2, April 1981, S. 20).

Mitterrand beschreibt das Funktionieren dieser „Bodenämter“ wie folgt:

„Im Gegensatz zu dem, was einige glauben machen wollen, werden sie weder den Kollektivismus einführen noch Zwang ausüben. Es kann nur eine gute Bodenpolitik geben, wenn diese diskutiert, verbessert und angenommen wird von all denen, die es angeht: Bauern, lokale Gemeinden und die Verwaltung.

Es sind also die Bauern selbst, die diese Ämter verwalten und die Bodenpolitik leiten werden, die sie zusammen diskutieren werden, um Beschlüsse über eine Neuverteilung zu fassen und die Einteilung des Bodens zu veranlassen, die für die aktive Landbevölkerung und die größtmögliche Anzahl von Einrichtungen angebracht erscheint“ (in: Cl. Manceron und B. Pingaud, François Mitterrand, l'homme, les idées, le programme, Flammarion, Paris, 1981, S. 107-108).

Anmerkungen zu III.

35. „Eine der Grundlagen der selbstverwalteten Gesellschaft ist die Anerkennung von kleinen sozialen Gruppen und dementsprechend von Gesamtinteressen, die denen von Einzelpersonen sehr nahe liegen und leicht feststellbar sind (Familie, Werkstatt, Schulklasse, Verein, Wohnviertel usw.). Es ist auch vonnöten, daß Entscheidungen gefällt werden können; das Vorhandensein eines gemeinsamen Interesses muß sich endgültig auf eine Vorgehensweise übertragen. Das ist der Grund, warum die Sozialisten ... behaupten, daß als letzte rechtmäßige Zuflucht, heute wie morgen, nur das allgemeine Wahlrecht gesucht werden kann. Das Interesse der Allgemeinheit und Demokratie stehen nicht im Gegensatz zueinander. Das Interesse der Allgemeinheit kann einfach nicht anders als durch Demokratie definiert werden“ (Projet, S. 131).

36. Genauso wie die französischen Sozialisten haben die Kommunisten die Selbstverwaltung der Gesellschaft als Endziel. Im Vorwort zur russischen Verfassung heißt es: „**Das wichtigste Ziel des sowjetischen**

Staates ist es, die Errichtung einer kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft zu ermöglichen, in welcher sich die kommunistische soziale Selbstverwaltung entwickeln wird“ (Verfassung – Grundgesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 7.10.1977, Verlag Progress, Moskau, 1980, S. 5).

Somit ist kein Lehrwiderspruch in diesem Punkte zwischen den Kommunisten und den Sozialisten vorhanden. Ein Unterschied besteht nur in ihren Ansichten über die Art der Abschaffung des Staates.

Das Philosophische Institut der Akademie der Wissenschaften Rußlands sieht die Rolle des Staates während der Übergangsperiode zur selbstverwalteten Gesellschaft folgendermaßen:

„Die Entwicklung in Richtung sozialistischer Demokratie stärkt die Macht des Staates und bereitet gleichzeitig den Weg zu seiner Abschaffung vor und damit eine Entwicklung in Richtung auf ein soziales Regime, in dem die Gesellschaft sich selbst leitet ohne die Notwendigkeit eines politischen Apparates oder staatlichen Zwangs. ...

Wenn aber jetzt nach einer schnelleren Abschaffung unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Bürokratie gerufen wird und gleichzeitig erklärt wird, daß die Notwendigkeit besteht, der Staatsgewalt abzuschwören, so entspricht das unter den derzeitigen Umständen des Sozialismus und solange noch die kapitalistische Welt existiert (und was noch ernster ist, in dieser Übergangsperiode zum Sozialismus) einer Entwertung der Arbeiter von ihrem Klassenfeind.

Der Vorgang zur Abschaffung des Staates kann auf keinen Fall mit Hilfe künstlicher Mittel beschleunigt werden. Der Staat wird von niemandem abgeschafft, vielmehr wird er langsam verschwinden, wenn die politische Macht überflüssig geworden ist. Dieses wird möglich sein, wenn der sozialistische Staat seine historische Aufgabe erfüllt hat. Hierfür ist es jedoch andererseits notwendig, die politische Macht zu stärken. Somit kann man der Stärkung des sozialistischen Staates nicht die Absicht seiner Aufhebung entgegensetzen; es sind zwei Seiten der selben Münze.

*Ausgehend vom dialektischen Standpunkt, ist das Problem der Abschaffung des Staates das **Übergangsproblem vom sozialistischen Staat zur kommunistischen selbstverwalteten Gesellschaft**. Einige soziale Funktionen ähnlich denen des Staates von heute werden unter der kommunistischen Verwaltung weiterbestehen. Aber ihre Erscheinung und Ausübung werden nicht mehr dieselben sein wie in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe.*

Die Abschaffung des Staates bedeutet:

1. Das Verschwinden der notwendigen Zwangsgewalt des Staates, so wie die Organe, die sie ausüben; 2. Die Umwandlung der organisatorischen, wirtschaftlichen, kulturellen und erzieherischen Aufgaben, welche zur Zeit vom Staat ausgeführt werden, in soziale Funktionen; 3. Die Einbeziehung aller Bürger in die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten und das Verschwinden der Notwendigkeit politischer Machtinstrumente.

Wenn alle Anzeichen der Klassenunterschiede verschwunden sind, wenn der Kommunismus den entscheidenden Sieg errungen hat und wenn die Kräfte der Vergangenheit, die sich dem Kommunismus widersetzt haben, verschwunden sind, wird dadurch auch die Notwendigkeit des Staates aufhören zu bestehen. Die Gesellschaft braucht dann keine besonderen Gruppen bewaffneter Männer mehr, um soziale Ordnung und Disziplin zu garantieren. Dann kann, wie Engels einstmals gesagt hat, „die Staatsmaschinerie ins Museum für Altertümer gestellt werden, neben das Spinnrad und das Bronze-Beil“ (Akademie der Wissenschaften der UdSSR – Institut für Philosophie, Fundamentos de la Filosofía Marxista, Gesamtedaktion von F.V. Konstantinov, Editorial Grijalbo, Mexiko, 2. Aufl., 1965, S. 538-539).

37. *„Man kann dem Sozialismus nicht anhängen ohne einer gewisse Vorstellung des Menschen zu haben, von dem, was er will, was er tun kann, was er tun muß, von seinen Rechten und seinen Bedürfnissen“ (Projet, S. 10).*

38. *„Die sozialistische Partei will sich keine Freude für das Jenseits vorbereiten, noch für ihn Zeugnis ablegen, sie bezweckt nur die Umwandlung der Gesellschaftsstrukturen“ (Projet, S. 33).*

Der „Projet“ behauptet, *„die Erklärung der Gesellschaft ... ist eine Sache, die endgültige Bestimmung des Menschen eine andere.“* Als ob irgend etwas erklärt werden könnte, ohne dessen Bestimmung im Auge zu haben.

Wie zum Trost erklärt der „Projet“ jedoch gewitzt: *„Je mehr der Klerikalismus sich dem Auslöschen nähert, um so mehr verliert der Antiklerikalismus seinen Sinn. Dieses ist eine Bereicherung für den Laizismus und eine wertvolle Errungenschaft des sozialistischen Kampfes der letzten Jahre“* (Projet, S. 29). In Wirklichkeit ist es der Klerus und die Kirche, die da, über den Klerikalismus hinaus, im „Projet“ „ausgelöscht werden“.

39. Katholiken zeigen sich oftmals empfindlicher für Übertretungen des göttlichen Gesetzes in bezug auf die Familie als auf die Einrichtung des Eigentums. Daher ist es möglich, daß ein katholischer Leser, der mehr oder weniger dem selbstverwalteten Unternehmen zustimmt, eine Anwendung, des „Projet“ als lediglich auf den Unternehmensbereich beschränkt auffaßt, ohne Auswirkungen auf den Einzelmenschen, die Familie oder die Erziehung. Reine Illusion! Die natürliche Verbindung zwischen Familie und Eigentum macht eine solche Trennung unmöglich. Selbst eine oberflächliche Lektüre dieser Arbeit macht doch klar, daß die Selbstverwaltung im Unternehmen, wie sie im „Projet“ beschrieben wird, untrennbar verbunden ist mit ihren philosophischen und moralischen Grundsätzen. Diese, wenn sie erst einmal anerkannt sind, beeinflussen notgedrungen alle Gebiete des menschlichen Lebens.

40. Die Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* des 2. Vatikanischen Konzils enthält eine kurzgefaßte doch detaillierte Beschreibung des modernen Atheismus. Es ist hier recht nützlich, sie einmal zu zitieren: *„Das Wort Atheismus wird für recht unterschiedliche Erscheinungen benutzt. Während einige ausdrücklich Gott leugnen, meinen andere, daß der Mensch absolut nichts über ihn behaupten kann. Einige gehen die Gottesfrage mit einer Methode an, die das Problem sinnlos erscheinen lassen. Viele, die die Grenzen der positiven Wissenschaften überschreiten, behaupten entweder, daß nur unter Anwendung dieses wissenschaftlichen Prozesses alles erklärt werden kann, oder leugnen im Gegenteil jedwede absolute Wahrheit. Andere erhöhen den Menschen dermaßen, daß der Glaube an Gott sozusagen seine ganze Kraft verliert und geben den Eindruck mehr mit der Bestätigung des Menschen als mit der Leugnung Gottes beschäftigt zu sein. ... Einige schneiden nicht einmal die Frage nach Gott an: es scheint, als würde sie das Thema Religion überhaupt nicht beunruhigen und sehen überhaupt keinen Grund, sich um die Religion zu kümmern“* (Nr. 19).

41. *„Wir verstehen, daß Kollektiv gleichbedeutend ist mit Großartigkeit, Schönheit, Gründlichkeit und Lebensfreude“* (Projet, S. 153). Das heißt also, daß Großartigkeit, Schönheit, Gründlichkeit und Lebensfreude gleichbedeutend mit Kollektiv sind.

42. *„Die gesamte Bewegung der Wissenschaft ... ist eine grundsätzliche Infragestellung der Voraussetzungen der vorherigen Phase“* (Projet, S. 135).

„Unseres Erachtens nach gibt es kein ein für allemal festgelegtes Wissen. Da das Wissen eine Berichtigung und selbst eine ständige Wiederherstellung der Wirklichkeit, so wie wir sie uns vorstellen, voraussetzt, kann man nie behaupten, daß es zu einem Abschluß gekommen ist und muß deshalb dauernd in Frage gestellt werden“ (Projet, S. 136-137).

43. Diese Haltung ausweichender Neutralität gegenüber den Wahlen wurde ausdrücklich durch Msgr. Lustiger, den neuen Erzbischof von Paris bestätigt, hinsichtlich eines an ihn gerichteten Briefes der JEC, der in „Le Monde“ (10. u. 11.5.81) veröffentlicht wurde, in dem jene Gruppe der Katholischen Aktion ihn bat, seine angebliche persönliche Stellungnahme zugunsten des Staatspräsidenten, dessen Regierungszeit zu Ende ging, zu bestätigen oder zu verneinen. In seiner Erklärung äußert der Erzbischof seine Verwunderung über die Nachricht, die er formell in Abrede stellt, und versichert seine Übereinstimmung mit der Haltung des gesamten Episkopats (vgl. „La Croix“, 12. Mai 1981).

Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen klingen einige unklare Versprechungen für kämpferische Aktionen von Msgr. Jean Honoré, Bischof von Evreux und Präsident der bischöflichen Kommission für Erziehungsangelegenheiten, als unzulänglich. Er sagt, daß die katholische Schule nicht den *„wichtigsten Platz“* unter den *vorrangigen Aufgaben* der Kirche innehat. Die Bischöfe zogen es vor, ihre Worte *„für den Tag aufzubewahren, an dem die katholische Schule wirklich Gefahr laufe“* („Informations Catholiques Internationales“, Nr. 563, Juni 1981).

44. Aus Gründen der Kurzfassung werden die erwähnten Erklärungen der französischen Bischöfe über die letzten Parlaments- und Präsidentenwahlen hier nicht wiedergegeben. Auf Wunsch kann eine Abschrift beider Erklärungen aus „La Documentation Catholique“, Nr. 1803, vom 1.3.81, S. 248 und „Le Monde“, vom 3.6.81, nebst deutscher Übersetzung, bei den auf der letzten Seite angegebenen Adressen erbeten werden.

45. In diesem Schriftstück erklären die französischen Bischöfe: „*Unser pastorales Amt macht uns zu Zeugen der evangelischen Pflicht, die zahlreiche christliche Gläubige aus allen Gesellschaftsschichten bewegt und der Hoffnung, die sie leitet, wenn sie an dieser kollektiven Freiheitsbewegung mit jenen teilnehmen, mit denen sie solidarisch sind oder sich solidarisch fühlen. Die Bischöfe des Ausschusses für die Arbeitswelt, unter anderen haben dies in einem Arbeitspapier zum Ausdruck gebracht, in welchem sie über den ersten Abschnitt ihrer Gespräche mit Arbeitern, die sich für den Sozialismus entschieden haben, informieren*“ (a.a.O., S. 88).

„*Heutzutage dringt eine neue Tatsache in den Vordergrund ein: Christen aus verschiedener Umgebung – Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Intellektuelle – beschreiben, das was sie leben mit Ausdrücken aus dem Wortschatz des ‚Klassenkampfes‘. ...*

Natürlich hat diese Analyse mit den Maßstäben des Klassenkampfes vielen geholfen, mit größerer Genauigkeit die Strukturmechanismen der Ungerechtigkeiten und der Ungleichheiten abzugrenzen. Es muß festgestellt werden, daß sie, indem sie so vorgehen, mehr oder weniger marxistische Beobachtungsmittel des Klassenkampfes in Bezug nehmen.

Damit ihr heißester Wunsch eine gerechtere und brüderlichere Gesellschaft zu schaffen, sich nicht auf dem Wege zersetze, doch sich sogar durch die positiven Triebe des evangelischen Empfindens des Menschen veredele, bedarf es einer Bemühung der Geistesklarheit und der Unterscheidungsfähigkeit“ (a.a.O., S. 89).

46. Die bekannte „katholisch-progressive“ Zeitschrift „*Informations Catholiques Internationales*“ (Nr. 563, Juni 1981) versicherte: „*Alle stimmen dem zu, daß ein Viertel derjenigen, welche als praktizierende Katholiken gelten, sich für Mitterrand entschieden haben, und drei Viertel für Giscard. ... Die Tatsache, daß jeder Vierte dieser Katholiken für Mitterrand gestimmt hat, ist von entscheidender politischer Bedeutung. Weit mehr als eine Million Stimmen vergrößerten so das Lager der Linken. ... hätte nur die Hälfte dieser Katholiken für den scheidenden Präsidenten gestimmt, wäre er wiedergewählt worden. François Mitterrand verdankt seinen Erfolg, unter anderem, der Bewegung, welche einen Teil der Katholiken zur Linken hingerissen hat.*“

Der Leser möge beachten, daß die Zeitschrift sich nur auf „*praktizierende Katholiken*“ bezieht. Man kann sich also fragen, wie viele getaufte, die ihren Glauben nicht ausüben, sich aber trotzdem als Katholiken betrachten, durch feste und klärende Worte von Seiten der Bischöfe hätten beeinflusst werden können und sich so geweigert hätten, dem sozialistischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Als sie die Gründe für den Wahlsieg Mitterrands herausstellten, kommentierten vertrauenswürdige und angesehene Presseorgane, daß die bedeutendsten Fortschritte der Linken in den katholischen Provinzen in West-, Ost- und Mittelfrankreich erzielt wurden (vgl. „*La Croix*“, halbamtliches Organ der Erzdiözese Paris, 12. Mai 1981; „*L'Express*“, 5.-11. Mai 1981 und 12.-15. Mai 1981, und sogar „*L'Humanité*“, das offizielle Organ der Kommunistischen Partei, 15. Mai 1981).

Außerdem, wie der „*Projet*“ zufrieden feststellt, wählen die Katholiken nicht nur die sozialistische Partei, sondern treten ihr sogar bei – scheinbar ohne nennenswerte Gewissenskonflikte: „*Die sozialistische Partei hat nie einen Unterschied gemacht zwischen religiösen und philosophischen Überzeugungen jeder Art, denn es geht ihr ja darum, alle Arbeiter in ihrem Schoß aufzunehmen, die mit dem Ideal und den Prinzipien des Sozialismus übereinstimmen. So gibt es auch mehr und mehr Christen, die nicht nur der Partei beitreten, sondern sich auch die sozialistische Analyse selbst zu eigen machen, ohne deswegen ihren Glauben zu verleugnen, ganz im Gegenteil* (Projet, S. 29).

Diese Tatsache ist übrigens in Frankreich allgemein bekannt.

Sollten noch irgendwelche Zweifel über die Bedeutung des Wortes „*beitreten*“ im obigen Zitat bestehen, so gibt Mitterrand die entsprechenden Erklärungen in seinen zu einem Buch zusammengefaßten „*Conversations avec Guy Claisse*“:

„*Militante Christen dienen uns nicht als Alibi in der Sozialistischen Partei. Sie sind bei uns zu Hause. Ihre Zahl in der Partei ist bedeutend. ...*

- *Unter den Aktiven an der Parteibasis?*

- Ja, aber auch in der nationalen Führungsspitze und in den örtlichen Parteigremien “ (François Mitterrand, *Ici et Maintenant – Conversations avec Guy Claisse*, Fayard, Paris, 1980, S. 12).

Daher ist es unverständlich, wie es die Bischöfe unterlassen konnten, diese Katholiken aufzuklären.

Schließlich muß gesagt werden, daß diese Durchlässigkeit für Katholiken zum Sozialismus hin nichts Neues ist; sie geht bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück, wie Mitterrand selbst in seinem obengenannten Buch mit Genugtuung feststellt:

„Von Anfang an war es mein Bestreben, daß die Christen, die ihrem Glauben treu sind, sich in unserer Partei selbst wiedererkennen sollten; und daß die verschiedensten Quellen im gleichen Strom des Sozialismus zusammenlaufen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts gehörten die französischen Katholiken, mit Ausnahme der Vorhut, die sich aus Leuten wie Lamennais, Ozanam, Lacordaire, Arnaud zusammensetzte, zum konservativen Lager. Die Kirche, aufgeschreckt durch die erste französische Revolution und besorgt wegen des Vordringens des voltair'schen Gedankengutes, hatte, wenn es sein musste, eine enge Verbindung mit der Macht der Bourgeoisie gefunden, einer engstirnigen, selbstsüchtigen und grausamen Klasse. ...

Christus war verborgen worden und die Kirche war nicht mehr als ein Komplize; da gab es keinen anderen Ausweg als einen mannhaften Kampf aufzunehmen, um einen Zustand zu erreichen, der hier und jetzt die Befreiung von Knechtschaft, Armut und Demütigung bringen sollte. Aus natürlicher Neigung hat die Mehrzahl der Sozialisten jene Theorien angenommen, die die christliche Erklärung ablehnten. ...

Die Festigung des Rationalismus und der Aufstieg des Marxismus haben im Proletariat die Zurückweisung der Kirche und ihrer Lehren noch verstärkt. Der Sozialismus, der ohne sie entstanden war, fing an, sich nun gegen sie zu entwickeln. Aber auch welch ein Schweigen der Christenheit! Was für ein langes Schweigen! ... Aber dann, am Ende des Jahrhunderts brachten Leo XIII. in Rom und der Sillon hier unter uns die große Wende. Der Erste Weltkrieg beschleunigte noch die Entwicklung. Die Kameradschaft an der Front, der Tod, überall und für alle zugegen, das Vaterland in Gefahr: da lernte jedermann im Anderen Werte zu erkennen, denen er sich selbst verpflichtet fühlte, selbst wenn ihre laizistischen oder kirchentreuen Auffassungen auseinandergingen oder sogar entgegengesetzt waren. Der anfängliche Appell stieg erneut aus der Tiefe der Kirche und der christlichen Welt auf. Der Personalismus von Emmanuel Mounier brachte schließlich dem christlichen Sozialismus den Adelsbrief“ (a.a.O., S. 14-15).

Angesichts dieses historischen Panoramas, – so recht nach dem Geschmack und Stil der Sozialisten beschrieben, in dem aber leider nur zu viel Wahrheit steckt – hätte man erwartet, daß die französischen Bischöfe, den Eifer und den Mut des hl. Pius X. nachahmen würden, der in seinem Apostolischen Schreiben *Notre Charge Apostolique*, vom 25. August 1910, entschieden die Sillon-Bewegung verurteilt hatte (vgl. Anm. 4), die Mitterrand seinerseits so ehrfürchtig in Erinnerung gerufen hat.

Anmerkungen zu IV.

47. *„Es ist unmöglich, einen sozialistischen Entwurf für Frankreich allein zu schaffen. Das Dilemma von ‚Freiheit oder Knechtschaft‘, ‚Sozialismus oder Barbarei‘ geht weit über die Grenzen unseres Landes hinaus“ (Projet, S. 108). „Die SPF ist eine nationale und zugleich internationale Partei“ („Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 50).*

„Der Sozialismus ist international aufgrund seiner Natur und seiner Berufung“ (Projet, S. 126).

„Die SPF ist mit der Sozialistischen Internationale verbunden“ (Statuten der Sozialistischen Partei, Artikel 2, „Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 51).

„Wenn es sich nicht mehr mit einer universellen Botschaft identifizieren kann, hört Frankreich auf zu existieren. Frankreich ist entweder ein gemeinsamer Ehrgeiz oder es gibt kein Frankreich mehr“ (Projet, S. 163).

„Deswegen kann Frankreich der Anziehungspunkt eines neuen Internationalismus werden“ (Projet, S. 164).

„Für ein Land wie das unsere gibt es ungeheure Möglichkeiten ... die universelle Botschaft des Sozialismus nach ganz Europa und in die Welt zu tragen“ (Projet, S. 18).

„Frankreich wird zur Demokratisierung der EG beitragen, wird alle Institutionen benutzen, um die Übereinstimmung der Sozialkämpfe zu begünstigen“ (Projet, S. 352).

„Die sozialistische Partei ... zielt auf eine sozialistische Veränderung der internationalen Gemeinschaft hin“ (Beschlüsse des Parteitag von Nantes 1977. „Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 130).

„Der Sozialismus ist entweder von Natur aus international oder er verneint sich selbst“ („Documentation Socialiste“, Beiheft zu Nr. 2, S. 153).

„Die Suche nach Selbständigkeit für unsere Entwicklung ist untrennbar verbunden mit den internationalen Perspektiven des Selbstverwaltungssozialismus. Indem wir unsere Aktion im Ausland und im Inland lenken, führt sie uns zur Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit durch das Zusammengehörigkeitsgefühl der ausgebeuteten Klassen“ (Projet, S. 339).

In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, daß Mitterrand einer der Vize-Präsidenten der Sozialistischen Internationale ist (vgl. „L'Express“, 22.-28.5.1981).

Er ist auch eines der Gründungsmitglieder des Internationalen Komitees zur Verteidigung der Sandinistischen Revolution (vgl. „Le Figaro“, 26.6.1981). Deshalb ist es leicht zu verstehen, warum der Kommandant Arce von der Sandinistischen Befreiungsfront, Mitterrand als „Vorkämpfer für die Sache Nicaraguas“ und als „Freund der Sandinistischen Revolution“ begrüßte, dessen Sieg in Frankreich „einen ungeheuren politischen Wert für Nicaragua und Lateinamerika hat“ (vgl. „Le Monde“, 13.5.1981).

Am Tag seiner Amtseinführung beschloß Mitterrand, die sozialistischen europäischen Staatsoberhäupter und die Vertreter der lateinamerikanischen Linken mit einem Diner im Elysée-Palast zu ehren. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin saß die Witwe des marxistischen Ex-Präsidenten Allende zu seiner Rechten (vgl. „El Espectador“, Bogotá, Kolumbien, 24.5.1981).

Schon als Präsident sagte Mitterrand, daß die Unterstützung Frankreichs im Kampf der Bevölkerung von El Salvador „von höchster Priorität“ sei und versprach auch, Nicaragua bei „der wichtigen Aufgabe des Wiederaufbaus“ zu helfen. „Lateinamerika gehört niemandem. Es versucht, sich selbst zu gehören und es ist wichtig, daß Frankreich und Europa ihm zur Erreichung dieses Zieles helfen“, erklärte Mitterrand (vgl. „Jornal do Brasil“, 19.7.81).

Bei Fidel Castro bedankte er sich für die erhaltenen Glückwünsche mit einem Telegramm, in dem er seine Freude über die persönlichen Bindungen zwischen ihm und dem kommunistischen Tyrannen aussprach und seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, „die Freundschaft zwischen Frankreich und Kuba noch zu verstärken“ (vgl. „Le Monde“, 3.6.1981).

Zur Bestätigung dieser Absichten erklärte Antoine Blanca, persönlicher Assistent des Premierministers Mauroy und der verantwortliche Mann für die Verbindungen zwischen seiner Partei, Lateinamerika und der Karibik, daß die SPF keine Art von Angriff, Wirtschaftsblockade oder Diskriminierung gegen Kuba dulden würde (vgl. „Folha de S. Paulo“, 27.7.1981).

Vor kurzem unterzeichneten die französische und die mexikanische Regierung ein gemeinsames Kommuniqué, durch das sie der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti“, einer Guerillaorganisation, die aus fünf marxistischen Gruppierungen besteht und die sich den Umsturz der Regierung El Salvadors zum Ziel gesetzt hat, uneingeschränkte Unterstützung versprechen. Die Verlautbarung, die gleichzeitig in Paris und Mexiko-City herauskam, wurde den Vereinten Nationen zugestellt zur Verteilung an ihre Mitgliedsländer (vgl. „Folha de S. Paulo“, 29.8.1981) und rief eine starke Reaktion bei zwölf lateinamerikanischen Ländern hervor, die erklärten, daß die Verlautbarung Frankreichs und Mexikos eine „offensichtliche Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten von El Salvador bedeutete (vgl. „Jornal do Brasil“, 4.9.1981).

TABELLE I
Wie 500 Tausend Stimmen die französischen
Präsidentschaftswahlen entschieden haben

Zweiter Wahlgang (10. Mai 1981)	Wählerstimmen	% der Wählerschaft	% der gültigen Stimmen
Registrierte Wähler	36.398.762	100,00	–
Stimmenthaltungen	5.149.210	14,15	
Abgegebene Stimmen	31.249.552	85,85	–
Nicht ausgefüllte und ungültige Wahlzettel	898.984	2,47	–
Gültige Stimmen	30.350.568	83,38	100,00
François Mitterrand	15.708.262	43,16	51,76
V. Giscard d'Estaing	14.642.306	40,23	48,24
Abstand zwischen Mitterrand u. Giscard	1.065.956	2,93	3,51

Quelle: „Journal Officiel“, 16.5.81

Anmerkung: Nach den Ergebnissen einer Meinungsumfrage des Französischen Institutes der Öffentlichen Meinungsforschung (IFOP) in Verbindung mit der Zeitschrift „Le Point“ und in dieser am 2. Mai veröffentlicht (nach dem ersten Wahlgang), beabsichtigte eine bedeutende Anzahl von Mitte-Rechtswählern im zweiten Wahlgang für Mitterrand zu stimmen. Hätten sich die Prozentsätze dieser Meinungsumfrage bestätigt, dann wäre der sozialistische Kandidat von 1% der Giscard-Wähler (82.224), von 18% der Chirac-Wähler (940.652) und von weiteren 21% der Wähler verschiedener anderer Parteien der Rechten (182.373) bevorzugt worden, was eine Gesamtzahl von 1.205.249 Stimmen von Mitte-Rechts ausmacht. Dieselbe Umfrage ergab, daß 552.513 Stimmen der Linken für Giscard abgegeben würden. Wenn man diese Verschiebungen in Betracht zieht, hätte Mitterrand 652.736 Stimmen dazugewonnen.

In einer weiteren Meinungsumfrage vom SOFRES Institut zwischen dem 10. und 20. Mai, nach dem zweiten Wahlgang, zeigte sich eine Verschiebung von 16% (836.135) der Chirac-Wähler zu Mitterrand, womit die von IFOP-„Le Point“ angezeigte Tendenz bestätigt wurde (vgl. „Le Monde“, 2.6.81).

Diese Angaben lassen annehmen, daß die übergelaufenen Stimmen von Mitte-Rechts zu Mitterrand für seinen Wahlsieg entscheidend waren.

TABELLE II

Enthaltung und Verzettelung der Mitte und der Rechten half der Linken bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich

Erster Wahlgang	Präsident 26.4.1981	Parlament 14.6.1981	Differenz
Wahlberechtigte	36.398.859	36.342.827	– 56.032
Stimmenthaltungen	6.882.777	10.783.694	+ 3.900.917
Abgegebene Stimmen	29.516.082	25.559.133	– 3.956.949
Unausgefüllte und ungültige Wahlzettel	477.965	368.092	– 109.873
Gültige Stimmen	29.038.117	25.191.041	– 3.847.076
Extreme Rechte	—	90.422	+ 90.422
Verschiedene aus Mitte-Rechts	868.444	713.582	– 154.862
RPR (Chirac)	5.225.848	5.249.670	+ 23.822
UDF (Giscard)	8.222.432	4.839.294	– 3.383.138
Total der Mitte-Rechts	14.316.724	10.892.968	– 3.423.756
SPF (Mitterrand)	7.505.960	9.432.537	+ 1.926.577
KP (Marchais)	4.456.922	4.065.540	– 391.382
Verschiedene Linke	964.200	193.634	– 770.566
Extreme Linke	668.057	334.674	– 333.383
Total der Linken	13.595.139	14.026.385	+ 431.246
Grüne	1.126.254	271.688	– 854.566

Quelle: "Journal Officiel", 30.4.81 u. 8.5.81; "Le Monde", 17., 23. u. 24.6.81.

TABELLE III**Die Stagnation der linken Wählerschaft
zwischen den Wahlen zur Nationalversammlung 1978 und 1981**

Erster Wahlgang	1978	% der Wählerschaft	1981	% der Wählerschaft
Wahlberechtigte	35.204.152	100,00	36.342.827	100,00
SPF	6.451.151	18,32	9.432.537	25,95
KPF	5.870.402	16,68	4.065.540	11,19
Diverse Linke	(*) 894.799	2,54	193.634	0,53
Extreme Linke	953.088	2,71	334.674	0,92
Total der Linken	14.169.440	40,25	14.026.385	38,59
Total der Grünen	612.100	1,74	271.688	0,75
Links-Grüne (**)	(324.413)	(0,92)	(143.994)	(0,40)
Linke+Grüne (**)	(14.493.853)	(41,17)	(14.170.379)	(38,99)

Quelle: Les élections Législatives de mars 1978, „Le Monde – Dossiers et Documents“; „Le Monde“, 17., 23. u. 24.6.81.

(*) Dieses Gesamtergebnis schließt die 36,67% der Wählerstimmen mit ein, die unter „Verschiedene“ in der Mitteilung des Innenministeriums angegeben sind. Dieses war der Prozentsatz der Wähler der Opposition, nach den Angaben von „Le Monde“ vom 14. und 15.3.78.

(**) Das leichte Abfallen der Linken ist vielleicht noch wahrnehmbarer, wenn man in diesen Block die Grünen einschließt, die unter bestimmten Umständen, normalerweise Kandidaten der Linken wählen. Nach einer Meinungsumfrage des SOFRES-Institutes wählten 53% der Grünen im zweiten Turnus der Präsidentschaftswahlen Mitterrand, 26% Giscard und 21% enthielten sich der Stimme oder gaben der Umfrage keine Antwort (vgl. „Le Monde“, 2.6.81). Eine IFOP-Umfrage zeigte diesbezügliche Prozentsätze von 50%, 26%, und 24% (vgl. „Le Point“, 2.5.81). Die Ergebnisse in Klammern wurden auf der Basis der SOFRES-Umfrage errechnet.

Das selbstverwaltete Unternehmen nach den sozialistischen Idealvorstellungen

I – Umriss des Entwurfs für Selbstverwaltung

1. Das Ziel des Selbstverwaltungsprogramms ist:
 - a) „die Arbeiter selbst die Kontrolle über die Herstellung und die Verteilung ihrer Arbeitsergebnisse ausüben zu lassen“;
 - b) „und daß im Allgemeinen die Bürger auf allen Gebieten und alles was ihr Leben betrifft selbst bestimmen können“ (*Documentation Socialiste*, Nr. 5, S. 57).
2. Das Selbstverwaltungsprogramm hat eine dreifache Basis:
 - a) „Sozialisierung der Hauptproduktionsmittel“;
 - b) „demokratische Planung“;
 - e) „die Umwandlung des Staates“ (*Quinze thèses*, S. 11).

II – Sozialisierung der Produktionsmittel

1. Der „Projet socialiste“ verlangt die „Nationalisierung“ gewisser Industriezweige, die stufenweise in das Selbstverwaltungssystem eingegliedert werden.
2. Um dies zu verwirklichen „gibt es verschiedene erdenkbare Möglichkeiten“:
 - a) dreigeteilte Verwaltung durch „gewählte Vertreter der Arbeiter, Vertreter des Staates (oder der Regionen) und Vertreter gewisser Verbrauchergruppen“.
 - b) „ein Verwaltungsrat, ganz von Arbeitern des Unternehmens gewählt“;
 - c) „neben diesem Verwaltungsrat, ein Aufsichtsrat von Vertretern des Staates ... und gewisse Verbrauchergruppen“ (*Quinze thèses* S. 12).
3. Die SPF will, daß eine so aufgefaßte „Nationalisierung“ nicht „Verstaatlichung“ bedeutet (vgl. *Quinze thèses*, S. 12), und wird auch nicht einen „Kollektivismus“ zur Folge haben, der die menschliche Freiheit vernichtet, da „Arbeiter und Verbraucher ... aufgerufen sind sich am Verwaltungsrat der nationalisierten Unternehmen zu beteiligen“, sodaß „die nationalen Gesellschaften alle Verwaltungsselbständigkeit haben werden, die sie benötigen“ (Pierre Mauroy, *Débat sur la Déclaration de politique générale*, „Journal Officiel“, 10.7.81, S. 81).

III – Demokratische Planung

1. Nach der Auffassung der SPF bedeutet die selbstverwaltete Gesellschaft keine Einschränkung der Freiheit – im Gegenteil – denn sie fordere die Teilnahme aller zur Anfertigung der Pläne aller Gebiete des gesellschaftlichen Lebens:
 - Die Planung verträgt sich mit der Selbstverwaltung auf Grund der demokratischen und dezentralisierten Vorgehensweise, die eine weitreichende Teilnahme des Volkes voraussetzt, bevor die endgültigen Entscheidungen der politischen Instanzen, die durch allgemeine Wahlen hervorgegangen sind, gefällt werden (vgl. *Quinze thèses*, S. 16).
 - „Die neue Gesellschaft wird sich nur durch die Strenge ihres prinzipiellen Kerns bewerten: wir wollen die Einstimmigkeit erreichen; wir haben nicht vor mit ihr schon beginnen zu wollen...“ (*Projet*, S. 139).
2. Der Zweck des Unternehmens wird weder der Profit noch die „eigensüchtigen Triebe“ der Arbeiter sein; sondern die „sozialen Ziele“ der „demokratischen Planung“:

- „Die Profitsuche darf nicht mehr alleinbestimmend über Investitionen oder Güter entscheiden. Sie muß der Vernünftigkeit der Bürger weichen, welche ihren Bedarf durch Planung und Markt auf demokratischer Weise vorbringen“ (*Projet*, S. 172).
 - „Selbstverwaltung ist nicht ... einfach eine Verwaltungsmethode, die dazu bestimmt wäre, das Kapital durch die Arbeit als Leitungswert in den Unternehmen zu ersetzen und die eigensüchtigen Triebe der Betriebseinheiten an der Basis und ihrer Arbeiter auszunutzen und so die Mechanismen und die wirtschaftlichen Triebfedern des Kapitalismus fortbestehen zu lassen. Die Produktionseinheiten müssen die sozialen Ziele in Betracht ziehen, welche von nationalen, regionalen und örtlichen Plänen vorgegeben worden sind“ (*Quinze thèses*, S. 15).
3. Mit Hilfe von „demokratischer Planung“ werden die Arbeiter das Entwicklungsmodell bestimmen – für wen, warum und wie sie produzieren:
 - „Produzieren, arbeiten, ja! Doch für wen, warum und wie? Der Erfolg der Unternehmen hängt von den Antworten ab, die die Arbeiter bekommen, oder besser gesagt von den Antworten, die sie geben. Zuallererst muß das Entwicklungsmodell von den Arbeitern als ihre eigene Angelegenheit angesehen werden“ (*Projet*, S. 176).
 4. Die Verbraucher werden auch ihre Meinung beisteuern und ihren Bedarf anmelden:
 - „Die Anpassung der Produktion an die Wünsche der Verbraucher ... wird erreicht werden ... ausgehend von einem, organisierten und ständigen Dialog zwischen den Herstellern, die ihre technischen und finanziellen Grenzen darlegen, und den Verbrauchern, die ihre Qualitäts- und Preisbedingungen angeben“ (*Projet*, S. 177).
 5. So ist der „Plan“, der aus diesem ausführlichen, demokratischen Dialog entsteht, der die Wirtschaft tatsächlich steuert:
 - „Die Sozialisten ... betonen, daß Kapitalanlagen, die sich zu einer gewissen Zeit nach Preis und Gewinn richten, die Krisen der Konjunktur verstärken und kaum geeignet sind die Zukunft vorzubereiten. Es muß also der Plan die Orientierung großer Investitionen entscheiden im Hinblick auf das allgemeine Interesse und der kurz- und langfristigen Voraussichten. ... Nach Ansicht der Sozialisten ist der Plan, obwohl er die Feineinstellung von Angebot und Nachfrage dem Markt überläßt, der Gesamtregler der Wirtschaft“ (*Projet*, S. 185-186).
 6. Was bleibt nun von der Freiheit eines Unternehmens übrig? – Der „Projet“ hat die Antwort:
 - „Kurz gesagt: die allgemeine Richtung ist vorausgeplant, nicht aber die Einzelheiten der Ausführung. Wo der Plan stockt, übernehmen die Initiative der industriellen Wirtschaftsfaktoren und der Unternehmungsgeist wieder ihre Rechte und die Rolle des Marktes seine Nützlichkeit“ (*Projet*, S. 188).

IV – Die Umwandlung des Staates

1. Der marxistische Mythos von der Abschaffung des Staates erscheint im Selbstverwaltungsprogramm als Ausdruck der Hoffnung auf das „Erscheinen von neuer Arten der Macht“, sodaß „Funktion und Natur des Staates verändert werden“ (*Quinze thèses*, S. 19).

2. Um dieses zu erreichen, ist „eine Verringerung der Zuständigkeit der Zentralmacht“ geplant.
 - „Gewisse Bereiche, die zur Zeit unmittelbar von der Regierung abhängen, ... sollen an selbständige nationale Werke und Ämter übertragen werden. Die größtmögliche Verantwortung soll jedoch auf örtliche, provinzielle und regionale Gemeinschaften fallen“ (*Quinze thèses*, S. 22).
 - Sogar die „Wohnviertelvereinigungen“ werden Teile der Macht des Staates innehaben, die sich so zerbröckelt (vgl. *Quinze thèses*, S. 22).

V – Anarchistisches Funktionieren

1. Es wird weder Rangordnung noch wirkliche Autorität im selbstverwalteten Unternehmen geben:
 - „Es muß sehr deutlich werden, daß die neue Legitimität auf einer übertragenen Macht beruht und gegenüber den Arbeitern die Verantwortung ihrer Handlungen trägt.“
 - „Das Verhältnis zwischen Auftraggebern und Beauftragten kann zumindest teilweise, das Verhältnis zwischen Direktoren und Untergebenen wieder herstellen. Die Jugoslawen haben das offen zugegeben nach über zwanzig Jahren Erfahrung. ... Daher muß die Kontrolle auf einer selbständigen Weise von den Unternehmensausschüssen ausgeführt werden“ (*Quinze thèses*, S. 13).
2. Einige praktische Maßnahmen werden vorgeschlagen, um eine Wiedereinführung des Rangordnungssystems zu verhüten:
 - „wechselnde Aufgabengebiete“;
 - „die Möglichkeit der Absetzung der gewählten Verantwortlichen“ (*Quinze thèses*, S. 10).
3. In einem selbstverwalteten Unternehmen wird alles von allen beschlossen und allgemein bekanntgegeben:
 - „Zum ersten Mal werden Debatten über die allgemeine Politik des Unternehmens, seine Investitionen, Organisation, Sozialtätigkeiten vor der Gesamtheit der Arbeitnehmer stattfinden; Debatten, die durch Ernennung von Vertretern mit Entscheidungsmacht bestätigt werden“ (*Projet*, S. 239).
 - „Es ist notwendig das Prinzip des freien Zugangs der Arbeitervertreter und der Fachleute, die ihnen bei der Ausführung ihrer Pflichten beistehen, zu allen Informationsquellen des Unternehmens sicherzustellen. ... Die Mauer der Geheimhaltung ist im Grunde genommen nichts weiter als eine Schutzmauer der Macht. Sie muß niedergeworfen werden“ (*Projet*, S. 241-242).

Wie man sieht, bestimmen diese Vorschläge eine vollständige Unterordnung der Spezialisten und Techniker unter Versammlungen und Komitees, in denen die entscheidenden Mehrheiten normalerweise aus Mitgliedern bestehen die aus sozialen Gruppen mit niedriger geistiger Entwicklung stammen.

VI – Stufenweise Strategie

1. Die Einführung einer selbstverwalteten Gesellschaft wird jedoch nicht von einem Augenblick zum anderen stattfinden. Die SPF wird stufenweise vorgehen:
 - „Um diese furchtbare und großartige Aufgabe (der Umänderung der Gesellschaft) erfolgreich auszuführen, darf die SPF denen kein Gehör schenken ... die eine wilde Freilassung aller Wünsche wollen: ‚Alles, sofort, immer und überall‘, eine dauer-

- hafte und allgemeine Überreizung und noch weniger denjenigen Gehör schenken, die diese Impulse schmeicheln um vorteilhafter die Energien und den Willen der Menschen von den Zielen der sozialen Änderung abzuweichen“ (*Projet*, S. 33).
- „Wir wollen dem Ideal entgegenschreiten und die Wirklichkeit richtig verstehen“ (*Déclaration de politique générale*, „Journal Officiel“, 9.7.81, S. 46).
 - „Natürlich verlangt Strenge vorsichtiges Vorgehen. Diese Reformen werden langsam gehen, aber unsere Entschlossenheit ist groß“ (ebd. S. 48).

VII – Die Übergangsperiode zum Sozialismus

1. Die graduelle Strategie setzt eine „anfängliche Übergangsperiode zum Sozialismus“ voraus (Quinze thèses, S. 14), während der die Arbeiter nach und nach die Betriebe übernehmen werden, die noch im Privatbesitz sind.
2. Dieses wird erreicht durch langsame Vergrößerung der Macht und der Wichtigkeit der „Unternehmensausschüsse“:
 - Diese Ausschüsse ... müssen unbedingt befragt werden“ bevor irgendeine Art von Entscheidung in bezug auf Einstellung, Entlassung, Arbeitszuteilung, Wechsel und Einstufung von Arbeitern, sowie Schichteinteilung und allgemeine Arbeitsbedingungen getroffen wird“ (*Programme commun – Propositions pour l'actualisation*, S. 53).
 - „Die Unternehmensausschüsse ... werden ausführliche Informationen über die wichtigsten Aspekte und Resultate der Verwaltung des Unternehmens erhalten“ (ebd. S. 53).
 - „Die Unternehmensausschüsse werden über alle ökonomischen und finanziellen Vorhaben, über alle Investitions- und Finanzierungsprogramme, über die Ausbildung und Beförderung der Angestellten im voraus informiert und zu Rate gezogen“ (ebd. S. 53).
 - „Um diese Informationen allen Arbeitern zur Diskussion vorzulegen, können die Komitees ... sie am Arbeitsplatz versammeln ... eine Stunde pro Monat, während der Arbeitszeit“ (ebd. S. 53).
3. Während dieser“ Übergangszeit zum Sozialismus“ wird der Staat mit Hilfe von Gesetzen die Fortführung des Prozesses gewährleisten:
 - Für die Sozialisten ist es eine wesentliche Verantwortung des Staates: mit Hilfe des Gesetzes einzugreifen um alles zu bekämpfen, was in den Arbeitsrechtsfragen die Sicherheit jedes einzelnen Angestellten, wie der gesamten Arbeiterorganisation im Unternehmen schwächt“ (*Projet*, S. 227).
4. Zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung wird der Staat eine Reihe von Maßnahmen treffen, die den Arbeiter angeblich begünstigen, wie zum Beispiel: -Verträge mit unbegrenztem Termin werden die Grundlagen normaler Arbeitsbedingungen bilden“ (*Projet*, S. 227).
 - Verbot von „Zeitarbeitsfirmen“ (*Projet*, S. 227).
 - „Vereinigung der Arbeiter ... gegenüber den Besitzern des Kapitals“ (*Projet*, S. 227).
 - Verbot „jeder teilweisen oder vollkommenen Schließung des Unternehmens als Mittel der Druckausübung oder Strafmaßnahme“ (*Programme commun – Propositions pour l'actualisation*, S. 52-53).

- Verbot „der Aufbewahrung von schriftlichen Unterlagen ... über nicht berufsbezogene Informationen, Angaben oder Bewertungen, die dem Arbeiter schädlich sein könnten“ (ebd. S. 53).
- Das Einspruchsrecht“ in Fragen der Entlassung oder Einstellung, oder in Fragen, die die Organisation der Arbeit oder die Ausbildungspläne des Betriebes betreffen“ (*Projet*, S. 242).
- Das Recht der „Kontrolle über alle Abzüge, die das Unternehmen vom Gehalt für Sozialversicherung, Bildungsfonds, Wohnungsbeihilfe usw., trifft“ (*Projet*, S. 242).
- Technischer Fortschritt darf nicht zum Grund für Arbeiterentlassungen werden. Statt dessen soll er dazu dienen, den Arbeitstag zu verkürzen: „Technischer Fortschritt wird in Frankreich nur mit dem Arbeiter, nie gegen ihn eingeführt werden. Er muß Nutznießer sein und nicht sein Opfer“ (*Projet*, S. 174).
- Entlassungen werden in Zukunft nicht mehr der Entscheidung des Arbeitgebers überlassen. Dafür wird das Gesetz die Bedingung wieder einführen, daß in jedem Falle eine Genehmigung eines Arbeitsinspektors eingeholt werden muß, unter Androhung von Zivil- oder Kriminalstrafen“ (*Programme commun – Propositions pour l'actualisation*, S. 51).

VIII – Das Endziel: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

1. Die selbstverwaltete Gesellschaft ist eine radikale Ausführung des Wahlspruchs der Französischen Revolution: „*liberté, égalité, fraternité*“:
 - Es gibt keine andere Freiheit als die des Sozialismus“ (*Projet*, S. 10).
 - Die Selbstverwaltung, über die gesamte Gesellschaft verbreitet, bedeutet das Ende der Ausbeutung, das Verschwinden gegensätzlicher Klassen, die tatsächliche Demokratie“ („*Documentation Socialiste*“, Nr. 5, S. 57).
 - Selbstverwaltung ist die auf allen Stufen eingeführte Demokratie; es ist die Demokratie, die im und durch den Sozialismus erreicht wird“ (ebd. S. 57).

***Eine Frage an alle Eigentümer, an jedes Mitglied der oberen, mittleren und unteren Geschäftsleitung: Glauben Sie, daß ein Unternehmen im Selbstverwaltungssystem möglich ist?**

Die gleiche Frage richten wir an jeden erfahrenen und vernünftigen Arbeiter.

Um sie zu beantworten, stellen Sie sich vor, Ihre Firma wäre schon morgen nach diesen Vorschlägen umgestellt. Würde sie funktionieren?

Sicherlich nicht!...

Die sozialistischen Ziele in Frankreich

- Bestätigung des staatlichen Laizismus – Gleichstellung von ehelichen und freien Verbindungen – vollständige Sexuelle Freiheit – „Rehabilitierung“ der Homosexualität – kostenlose und unbeschränkte Verteilung von Verhütungsmitteln – Abtreibungsfreiheit für Erwachsene und auch für Minderjährige – schrittweise Abschaffung privater Ausbildung – staatliche Erziehung vom zweiten Lebensjahr an.

- Verstaatlichung großer und mittlerer Unternehmen – zunehmende Sozialisierung des Landlebens – der Weg der Selbstverwaltung – Arbeiterversammlungen, die höchste Autorität in jedem Unternehmen – die untergeordnete Rolle der Betriebsleiter und Techniker in Unternehmen mit Selbstverwaltung – Klassenkampf – Teilnahme des Konsumenten an der Betriebsleitung.
- Das Modell der Selbstverwaltung in der Familie: Selbstverwaltung für Kinder, Klassenkampf gegen die Eltern – in der Schule: Selbstverwaltung für Schüler, Klassenkampf gegen Lehrer.
- Die Gesellschaft mit Selbstverwaltung formt eine neue Menschenart: Agnostiker – mit einer anti-christlichen Moral – mit einem sehr begrenzten Niveau des individuellen Fortschrittes – in allem der Mehrheit von Komitees, in welchen auch er wählt, unterworfen – Komitees die ihm „beistehen“, indem sie sogar seine eigene Freizeit, Unterhaltung und den Haushalt planen.
- Radikale Anwendung der Dreiheit *Liberté – Egalité – Fraternité* – Nivellierung der sozialen Klassen – Auflösung des Staates – eine Galaxie von Mikrogemeinden – solange es Unternehmen gibt, ist in Frankreich der Umsturz der Monarchie nicht vollständig.
- Sozialistische Selbstverwaltung: Internationales Ziel, in dessen Dienst die Sozialistische Partei die Regierung, den Reichtum, das Prestige und den weltweiten *rayonnement* Frankreichs stellen wird.

Diese „Botschaft“ wurde ab dem 9. Dezember 1981 in 52 Ländern als sechsseitige Anzeige in Tageszeitungen veröffentlicht in einer Gesamtauflage von 33,5 Millionen Exemplaren.